

Wochenbericht

Wirtschaft Politik Wissenschaft

Tendenzen der Wirtschafts- entwicklung 2002/2003

Weltwirtschaft im Aufwind

Arbeitskreis
Konjunktur
ghorn@diw.de

Die Weltwirtschaft hat die konjunkturelle Talsohle durchschritten. Seit Beginn dieses Jahres ist die Produktion in allen wichtigen Regionen zum Teil sogar deutlich nach oben gerichtet. Damit ist zwar die Abwärtsentwicklung, die den Konjunkturverlauf nahezu gleichzeitig in fast allen Industrieländern im vergangenen Jahr geprägt hätte, zu Ende gegangen. Die Folgen für das Vertrauen der Investoren und die Beschäftigung sind jedoch noch nicht überwunden. So sind die Ausrüstungsinvestitionen in den meisten Industrieländern nach wie vor rückläufig, in den USA stagnieren sie, und die Beschäftigung ist niedriger als vor einem Jahr (Tabellen 1.1 und 1.2).

Der weltwirtschaftliche Einbruch im vergangenen Jahr war durch die rapide Ölverteuerung und die gestraffte Geldpolitik ausgelöst worden. Der ölpreisbedingte Angebotsschock wurde durch eine zurückhaltende Lohnpolitik aufgefangen und der konjunkturellen Schwäche durch eine Lockerung des geldpolitischen Kurses begegnet. Beides hat fast überall den Boden für eine konjunkturelle Erholung im Jahre 2002 bereitet. Doch im Gegensatz zum weitgehend regional gleichläufigen konjunkturellen Abschwung vom Vorjahre zeigen sich bei der derzeitigen Erholung erhebliche regionale Unterschiede. Treibende Kraft der Weltwirtschaft sind vor allem die USA. Auch von den meisten südostasiatischen Ländern gehen spürbare Impulse auf die weltwirtschaftliche Entwicklung aus. Der Euroraum hinkt dagegen noch deutlich hinterher.

Impulsgeber
USA

Ausgelöst wurden die konjunkturellen Impulse durch den massiven Expansionskurs der Wirtschaftspolitik in den USA, deren positive Effekte sich angesichts der außergewöhnlichen Belastungen durch die Terroranschläge vom 11. September bemerkenswert zügig einstellten. Bei der engen Verflechtung übertragen sich diese Anstöße weltweit rasch.

Gleichwohl birgt dieser Erholungsprozess Risiken. Sie liegen in der weltwirtschaftlichen Rolle der USA begründet. Seit Beginn der 90er Jahre nahmen alle Konjunkturaufschwünge ihren Anfang in den USA. Japan fiel als weltwirtschaftlicher Impulsgeber aufgrund seiner binnenwirtschaftlichen Probleme weitgehend aus, und die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum war von einer eher restriktiven Wirtschaftspolitik im Zuge der monetären Integration geprägt (Abbildung 1.1). Dies hat zum Aufbau erheblicher Außenhandelsdefizite der USA geführt. Bislang waren die Kapitalmärkte bereit, diese Fehlbeträge ohne Risikoaufschlag auf die Kapitalmarktzinsen zu finanzieren. Mit den sich ausweitenden Fehlbeträgen steigt jedoch das Risiko einer abrupten Abwertung

Königin-Luise-Straße 5
14195 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

www.diw.de
postmaster@diw.de

DIW Berlin

Nr. 28-29/2002

69. Jahrgang / 11. Juli 2002

Inhalt

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung
2002/2003

Weltwirtschaft im Aufwind Seite 445

Konjunkturelle Wende im Euroraum
Seite 454

Deutschland: Der Aufschwung kommt –
und schwächt sich wieder ab Seite 461

Wirtschaftspolitik mit eingeschränktem
Handlungsspielraum Seite 472

Deutsches
Institut f. Wirtschaftsforschung

12. Juli 2002

Zeitschriften

Tabelle 1.1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den Industrieländern

	Gewichte in %		Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise ³			Arbeitslosenquote ⁴ in %		
			Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
	BIP	Deutsche Ausfuhr	2001	2002	2003	2001	2002	2003	2001	2002	2003
Deutschland	7,9	–	0,6	0,6	2,0	2,5	1,4	1,2	7,9	8,3	8,0
Frankreich	5,6	15,1	1,8	1,3	2,7	2,7	2,1	1,5	8,7	9,1	8,9
Italien	4,7	10,1	1,8	1,3	2,9	2,3	2,0	1,6	9,4	8,9	8,7
Spanien	2,5	6,0	2,8	1,9	2,9	2,8	3,1	2,4	10,7	11,5	11,3
Niederlande	1,7	8,4	1,1	0,8	2,2	5,1	3,9	1,7	2,4	2,3	2,5
Belgien	1,0	6,7	1,0	1,0	2,7	2,4	1,9	1,8	6,6	6,9	6,8
Österreich	0,8	7,0	0,9	1,0	2,7	2,3	1,7	1,4	3,6	4,4	4,2
Finnland	0,5	1,4	0,7	0,2	3,0	2,7	2,1	1,6	9,1	10,3	9,9
Griechenland	0,5	1,1	4,1	3,6	4,0	3,7	4,0	2,6	10,5	9,3	9,0
Portugal	0,5	1,4	1,7	1,2	2,4	4,4	3,2	2,7	4,1	4,5	4,5
Irland	0,4	0,8	5,9	3,7	5,2	4,0	4,8	3,4	3,8	4,7	4,5
Luxemburg	0,1	0,6	3,5	3,0	4,5	2,4	1,8	2,0	2,0	2,2	2,0
EWU-Länder ¹	26,2	–	1,5	1,1	2,6	2,7	2,1	1,6	8,1	8,3	8,1
EWU-Länder ohne Deutschland ¹	18,3	–	1,9	1,4	2,8	2,9	2,5	1,8	8,2	8,4	8,2
EWU-Länder ohne Deutschland ²	–	58,6	1,7	1,3	2,8	3,0	2,5	1,8	–	–	–
Großbritannien	6,1	11,3	1,9	1,2	2,4	1,2	1,4	1,5	5,1	5,2	5,1
Schweden	0,9	2,8	1,2	1,3	2,4	2,7	1,8	1,8	5,1	5,1	4,9
Dänemark	0,7	2,2	0,9	1,2	2,2	2,2	2,0	2,1	4,3	4,5	4,2
Europäische Union ¹	33,9	–	1,6	1,2	2,5	2,5	2,0	1,6	7,4	7,7	7,5
Europäische Union ohne Deutschland ¹	26,0	–	1,9	1,3	2,7	2,5	2,2	1,7	7,3	7,5	7,3
Europäische Union ohne Deutschland ²	–	74,9	1,7	1,3	2,7	2,7	2,3	1,7	–	–	–
Schweiz	1,1	5,9	1,3	1,1	2,0	1,0	1,0	1,1	2,3	2,4	2,0
Norwegen	0,7	1,0	1,4	1,5	2,5	2,7	2,2	2,4	3,6	3,4	3,2
Westeuropa ¹	35,7	–	1,6	1,2	2,5	2,4	2,0	1,6	7,3	7,5	7,3
USA	43,5	14,3	1,2	2,8	3,1	2,8	1,8	2,5	4,8	5,6	4,8
Japan	17,8	2,8	–0,6	0,2	1,2	–0,7	–0,9	–0,5	5,0	5,5	5,9
Kanada	3,0	1,1	1,5	2,0	3,5	2,5	1,8	2,0	7,1	7,5	7,2
Außereuropäische Industrieländer ¹	64,3	–	0,7	2,0	2,6	1,8	1,1	1,6	5,0	5,7	5,3
Außereuropäische Industrieländer ²	–	18,2	0,9	2,3	2,8	2,3	1,4	2,0	–	–	–
Insgesamt ¹	100,0	–	1,0	1,7	2,6	2,0	1,4	1,6	6,0	6,5	6,2
Insgesamt ohne Deutschland ¹	92,1	–	1,1	1,8	2,6	2,0	1,4	1,7	5,8	6,3	6,0
Nachrichtlich:											
Insgesamt, exportgewichtet ²	–	100,0	1,5	1,4	2,7	2,5	2,0	1,8	–	–	–

¹ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2001 in US-Dollar, Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2001.

² Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr.

³ Westeuropa (außer Schweiz): Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

⁴ Standardisiert.

Quellen: OECD Economic Outlook; Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Berechnungen des DIW Berlin; 2002 und 2003: Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

des US-Dollar und deutlich höherer Kapitalmarktzinsen in den USA. Mit einem schwindenden Vertrauen in den US-Dollar geriete der weltweite Aufschwung in Gefahr, denn für viele Länder trübten sich bei ohnedies schwacher binnenwirtschaftlicher Entwicklung die gesamtwirtschaftlichen Perspektiven erneut ein. Im Vergleich zu diesem Risiko ist die Gefahr einer erneuten dramatischen Verteuerung des Öls eher gering einzuschätzen.

USA: Wie nachhaltig ist der Aufschwung?

Schon seit Ende 2001 befindet sich die Wirtschaft in den USA wieder auf einem kräftigen Expansionskurs (Abbildung 1.2). Sie erlebte im Verlauf des vergangenen Jahres eine der mildesten Rezessionen ihrer Geschichte. Nimmt man die weit verbreitete Faustregel als Maßstab, wonach eine Rezession durch zwei aufeinander folgende Quartale rückläufigen Produktionswachstums bei sinkender Kapazitätsauslastung definiert ist, war die Abschwächung „technisch“ gesehen nicht einmal eine Re-

Tabelle 1.2

Entwicklung der Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in den westlichen Industrieländern
Reale Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

	Privater Verbrauch			Öffentlicher Verbrauch			Bruttoanlageinvestitionen			Exporte von Waren und Dienstleistungen			Importe von Waren und Dienstleistungen		
	2001	2002	2003	2001	2002	2003	2001	2002	2003	2001	2002	2003	2001	2002	2003
Deutschland	1,1	0,1	1,8	1,7	1,0	0,0	-4,8	-3,2	2,7	4,7	3,0	7,2	0,1	1,3	8,5
Frankreich	2,8	1,6	2,5	2,4	2,0	1,6	2,6	1,4	3,5	1,0	2,3	6,4	0,1	3,4	7,6
Italien	1,1	1,0	2,4	2,3	1,5	1,2	2,4	1,0	3,7	0,8	3,5	6,7	0,2	2,5	7,1
Spanien	2,7	1,9	3,0	3,1	2,8	2,4	2,5	1,5	3,9	3,4	0,0	6,9	3,7	0,8	6,8
Niederlande	1,2	1,3	2,1	3,4	1,3	1,3	-1,1	-0,6	1,1	0,9	-1,4	4,9	0,8	-1,8	4,7
Belgien	1,6	1,8	2,4	2,3	1,0	1,6	0,1	-0,2	4,0	-0,8	-4,6	6,3	-1,5	-2,1	5,8
Österreich	1,3	1,1	2,3	-0,2	0,5	0,3	-1,8	0,4	4,0	5,9	5,3	8,1	3,6	5,4	7,2
Finnland	1,4	1,5	2,3	1,7	2,2	1,7	1,3	-2,3	2,4	-0,7	0,2	6,6	-1,0	0,2	7,6
Griechenland	3,2	3,0	3,5	1,8	0,5	1,0	7,4	7,2	7,1	2,3	3,1	7,5	1,9	3,2	7,1
Portugal	0,9	0,4	2,0	2,4	2,1	2,0	0,1	2,6	2,8	2,9	1,6	5,0	0,9	0,7	4,8
Irland	4,8	4,6	4,8	5,4	4,9	4,1	0,5	2,1	4,4	8,4	3,4	8,9	7,7	3,2	9,0
Luxemburg	4,8	3,5	3,8	7,8	5,0	5,0	3,3	3,3	4,2	2,5	2,5	6,0	2,6	3,0	5,0
EWU-Länder ^{1,2}	1,8	1,1	2,3	2,2	1,5	1,1	-0,4	-0,2	3,3	2,6	1,7	6,7	0,8	1,4	7,2
EWU-Länder ohne Deutschland ^{1,2}	2,0	1,5	2,5	2,5	1,8	1,6	1,8	1,1	3,5	1,7	1,1	6,5	1,1	1,5	6,7
Großbritannien	4,1	3,2	3,4	2,2	5,7	4,1	-0,4	-1,8	4,9	1,4	-3,1	4,1	2,7	0,8	4,2
Schweden	0,2	1,5	2,3	1,4	1,0	0,8	1,5	2,0	4,0	-1,4	1,0	6,0	-3,9	1,0	6,0
Dänemark	0,6	1,3	1,8	1,4	1,2	1,3	0,9	2,0	3,0	3,1	2,0	4,0	3,8	2,0	3,5
Europäische Union ¹	2,2	1,5	2,5	2,2	2,3	1,6	-0,1	-0,3	3,5	2,3	1,0	6,3	1,0	1,3	6,6
Europäische Union ohne Deutschland ¹	2,5	2,0	2,8	2,3	2,6	2,1	1,3	0,6	3,8	1,6	0,3	6,0	1,3	1,3	6,1
Schweiz	2,3	1,5	2,1	0,1	0,0	1,0	-1,3	2,0	2,5	-0,6	2,5	4,0	0,6	3,5	4,0
Norwegen	2,2	2,0	2,3	1,5	2,5	2,5	-5,9	1,5	3,0	5,3	3,0	4,0	0,3	2,0	3,5
Westeuropa ¹	2,2	1,5	2,5	2,1	2,2	1,6	-0,3	-0,2	3,5	2,3	1,1	6,1	1,0	1,4	6,5
USA	3,1	3,3	3,3	3,1	4,2	2,5	-1,2	-0,7	4,3	-4,5	-3,4	4,3	-2,7	0,7	5,7
Japan	0,3	0,7	0,5	3,1	2,5	-0,5	-1,9	-7,7	1,3	-6,6	8,5	8,6	-0,6	-4,0	4,7
Kanada	2,3	2,8	3,5	2,6	2,0	2,0	0,6	2,0	5,8	-2,7	0,8	7,0	-4,4	2,5	7,5
Außereuropäische Industrieländer ¹	2,4	2,7	2,6	3,1	3,5	1,5	-1,3	-2,9	3,4	-4,7	0,2	5,8	-2,5	0,0	5,7
Insgesamt ¹	2,3	2,3	2,6	2,7	3,0	1,6	-1,0	-2,0	3,4	-0,3	0,7	6,0	-0,5	0,8	6,2
Insgesamt ohne Deutschland ¹	2,4	2,5	2,7	2,8	3,2	1,7	-0,6	-1,9	3,5	-1,1	0,4	5,8	-0,5	0,8	5,8

1 Gewichte 2001 auf Dollarbasis zu Wechselkursen von 2001 (Jahresdurchschnitt). Export- und Importentwicklung: gewichteter Durchschnitt der betreffenden Länder.

Quellen: OECD Economic Outlook; Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Berechnungen des DIW Berlin; 2002 und 2003: Prognose des DIW Berlin.

2 Exporte und Importe einschließlich Binnenhandel.

Expansive Wirtschaftspolitik

DIW Berlin 2002

zession. Nachdem die gesamtwirtschaftliche Produktion im dritten Quartal mit einer Jahresrate von 1,3 % gesunken war, legte sie im vierten und ersten Quartal um 1,7 % bzw. 6,1 % zu.¹ Gemessen an dem „typischen“ Rezessionsverlauf war die jüngste Rezession sehr moderat und wies im Unterschied zu früheren Rezessionen durchgängig einen Produktivitätsanstieg aus (Abbildung 1.3).²

Den entscheidenden Beitrag für das Durchschreiten der Talsohle leisteten die Geld- und Finanzpolitik. Die Zentralbank senkte den kurzfristigen Leitzins im Jahresverlauf 2001 um 4,75 Prozentpunkte auf 1,75 %. Gemessen an der Kerninflationsrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) ist der kurzfristige Realzins damit seit Herbst vergan-

genen Jahres negativ. Die Fiskalpolitik war ebenfalls schon im Verlauf des vergangenen Jahres expansiv geworden und gab nach den Anschlägen vom 11. September zusätzliche Impulse. Mit dem im März dieses Jahres verabschiedeten Konjunkturpaket legte sie noch einmal nach. Das Budget wird in diesem und im kommenden Jahr nach einer längeren Zeit hoher Überschüsse ein Defizit aufweisen; es dürfte etwa 1 % des Bruttoinlandsprodukts betragen.

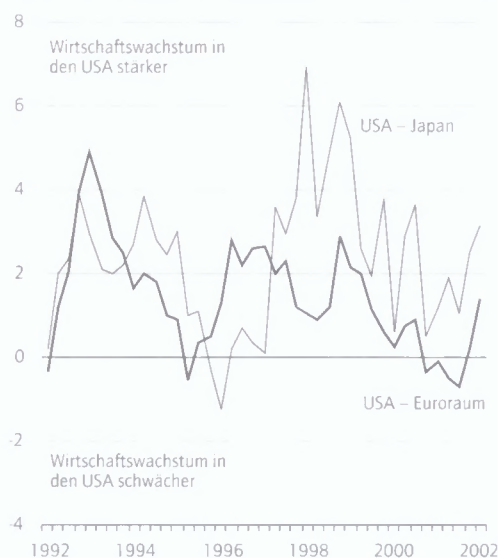
1 Das für die Konjunkturdatierung zuständige National Bureau of Economic Research (NBER) sieht den Beginn einer Rezession im ersten Quartal 2001. Vgl. <http://www.nber.org/cycles/november 2001/recessions.pdf>.

2 Der typische Verlauf der Rezession wurde anhand des Durchschnitts der Vorjahresraten in den sechs Quartalen vor und acht Quartalen nach Rezessionsbeginn bei den fünf vorangegangenen Rezessionen abgeleitet.

Abbildung 1.1

Wachstumsdifferential zu den USA in Prozentpunkten des Bruttoinlandsprodukts

Saisonbereinigt, Veränderung in % gegenüber Vorjahresquartal



Quellen: OECD; BEA; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

Von der expansiven Wirtschaftspolitik profitierten bisher insbesondere der private Verbrauch und die Wohnungsbauinvestitionen: Günstige Finanzierungs- und Umschuldungsbedingungen sowie eine Finanzierungsoffensive des Autohandels stützten trotz steigender Arbeitslosigkeit den Konsum. Er expandierte im vierten Quartal 2001 und im ersten Quartal dieses Jahres mit Jahresraten von 6,1 % bzw. 3,3 %. Damit verlangsamte sich der Anstieg der Konsumausgaben sehr viel weniger als in vorangegangenen Rezessionen. Indikatoren des Konsumentenvertrauens deuten darauf hin, dass die Kauflust der US-amerikanischen Bevölkerung ungebrochen ist. Zuletzt kam ein weiterer – in dieser Konjunkturphase typischer – Impuls aus dem Umschwung im Lagerzyklus hinzu. Er war im ersten Quartal mit nominal rund 90 Mrd. US-Dollar und immerhin fast 1 % des Bruttoinlandsprodukts ungewöhnlich stark.

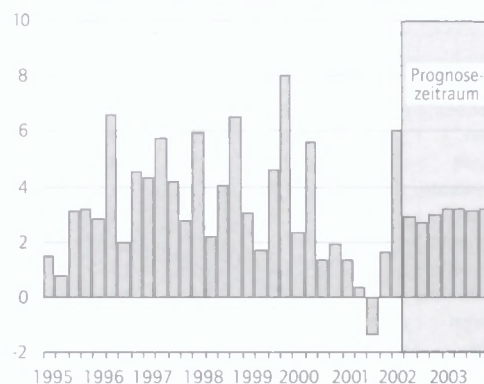
Die Anlageinvestitionen gingen weiterhin zurück, zuletzt mit einer laufenden Jahresrate von 11 %. Dies ist vor allem auf die Schwäche der Wirtschaftsbauminvestitionen zurückzuführen. Der Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen setzte sich nicht fort; zuletzt stagnierten sie. Bei den Investitionen im IT-Bereich sind seit Jahresbeginn wieder Zuwächse zu verzeichnen. Dies und die für eine konjunkturelle Schwächephase ungewöhnlich kräftige Produktivitätsentwicklung deuten darauf hin, dass die seit Mitte der 90er Jahre

Abbildung 1.2

USA

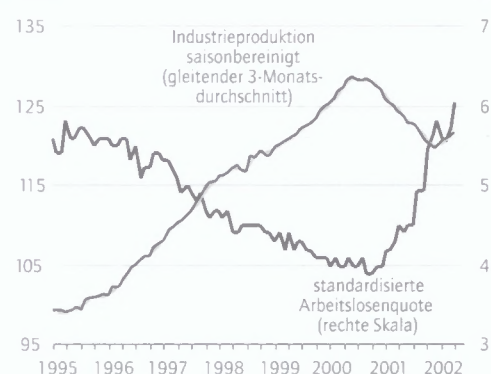
Reales Bruttoinlandsprodukt

Saisonbereinigt, Veränderung in % gegenüber Vorquartal¹



Industrieproduktion und Arbeitslosenquote

1995 = 100



Kurz- und langfristige Zinsen



¹ Auf Jahresbasis hochgerechnet.

Quellen: OECD; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

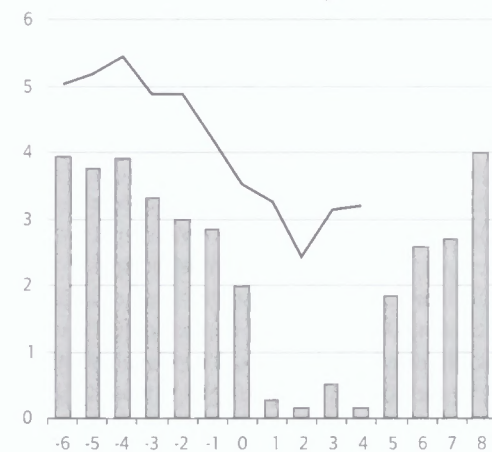
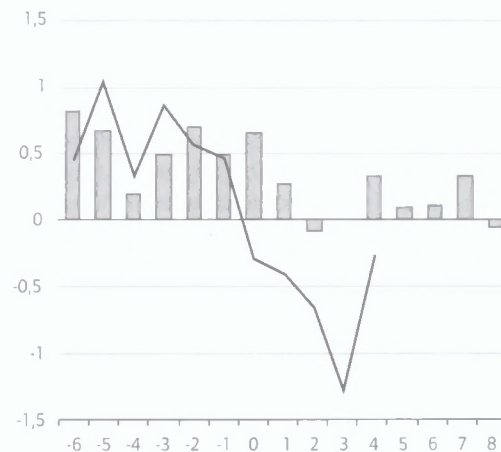
messbaren Produktivitätsfortschritte als Folge der „New Economy“ nicht einfach verschwunden sind. Die Ergebnisse aus derzeit vorliegenden Studien zu den produktivitätssteigernden Wirkungen von IT-Gütern legen die Vermutung nahe, dass das Wachstumspotential der US-amerikanischen Volks-

Kauflust der US-Bürger ungebrochen

Abbildung 1.3

Derzeitige Abschwächung und frühere Rezessionsverläufe in den USA

Entwicklung vor und nach einem konjunkturellen Hochpunkt gemäß NBER-Datierung

Reales Bruttoinlandsprodukt¹Arbeitsproduktivität¹Privater Konsum¹Lagerveränderung/Bruttoinlandsprodukt²

— derzeitiger Zyklus

■ durchschnittlicher Verlauf der letzten fünf Rezessionen

¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.² Lagerveränderung in % des laufenden nominalen Bruttoinlandsprodukts.

Quellen: BLS; BEA; NBER; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

wirtschaft derzeit mindestens um einen Prozentpunkt höher sein dürfte als in den zwei Jahrzehnten vor 1995.³

Insgesamt scheinen die Chancen für einen nachhaltigen konjunkturellen Aufschwung in den USA gut zu stehen, denn im späteren Jahresverlauf werden auch die Investitionen wieder zulegen. Dabei dürfte sich die Inflationsrate etwas, von 1,8 % in

diesem Jahr auf 2,5 % im nächsten Jahr, beschleunigen. Im Zuge des Aufschwungs dürfte die Arbeitslosigkeit wieder zurückgehen, nachdem sie binnen kurzer Zeit um 2 Prozentpunkte gestiegen

³ Vgl.: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2002. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 17-18/2002, S. 263; sowie Martin N. Baily: Distinguished Lecture on Economics in Government: The New Economy: Post Mortem or Second Wind? In: Journal of Economic Perspectives, Vol. 16, Nr. 2/2002, S. 3–22.

war. Die gesamtwirtschaftliche Expansion wird 2,8 % in diesem und 3,1 % im nächsten Jahr beitragen.

Allerdings birgt die Entwicklung auch Risiken. Im Verlauf der Rezession blieb die Sparquote extrem niedrig; sie dürfte angesichts der Verschuldungssituation der US-amerikanischen Haushalte kaum weiter sinken. In der Prognose wurde sogar eine leichte Erhöhung der Sparquote unterstellt. Sollten die Verbraucher ihre Sparquote beispielsweise infolge der Kursverluste an den Aktienmärkten⁴ stärker als hier erwartet erhöhen, dann könnte dies den Aufschwung gefährden. Ein weiteres Risiko liegt darin, dass das steigende Leistungsbilanzdefizit zunehmend als nicht mehr tragbar angesehen wird und die zur Finanzierung dieses Defizits nötigen Kapitalzuflüsse ausbleiben. Denn in der Rezession ist es kaum zu einem Abbau des hohen Leistungsbilanzdefizits gekommen, und die hohe Konsumneigung und der Umschwung im Lagerzyklus ließen im ersten Quartal die Importe schon wieder mit einer Jahresrate von 8 % expandieren. Die Folge wäre eine deutliche Abwertung des US-Dollar und höhere Kapitalmarktzinsen.

Risiko Leistungsbilanzdefizit

Lateinamerika: Herd einer Finanzkrise?

Die Entwicklung in Lateinamerika gibt Anlass zur Sorge. Insbesondere in Argentinien hat sich die Wirtschaftskrise in den vergangenen Monaten noch einmal dramatisch verschärft. Im Gefolge der Krise haben auch andere Länder des südamerikanischen Kontinents das Vertrauen der internationalen Anleger verloren. Das betrifft Kolumbien und Venezuela, die bereits seit längerem unter wirtschaftlicher Schwäche litten, genauso wie Uruguay, das am 20. Juni seinen festen Wechselkurs zum US-Dollar aufgeben musste. Noch bedeutsamer ist aus weltwirtschaftlicher Sicht, dass große Länder wie Mexiko und Brasilien Schwächetendenzen zeigen. Insbesondere das Urteil der Investoren über die Solidität der Staatsfinanzen scheint sich verschlechtert zu haben. So ist die Staatsschuld in Brasilien binnen fünf Jahren von 34 % des Bruttoinlandsprodukts auf zuletzt 54 % gestiegen. Im Gegensatz zu Argentinien sind die staatlichen Schuldtitel jedoch weitgehend in einheimischer Währung gezeichnet. Der Risikoaufschlag auf brasilianische Staatsbonds gegenüber US-amerikanischen Staatsanleihen lag zuletzt bei 17 Prozentpunkten. Die fundamentalen ökonomischen Gegebenheiten sprechen aber in Brasilien – anders als in Argentinien – nicht für eine schwere Krise. In der vorliegenden Prognose ist unterstellt, dass es zu keiner Verschärfung der Situation in Lateinamerika kommt.

Schwächetendenzen bei Mexiko und Brasilien

Hoffnungsschimmer in Japan

Die japanische Volkswirtschaft wuchs im ersten Quartal 2002 mit beachtlichem Tempo (Abbildung 1.4); das Bruttoinlandsprodukt stieg nach der vorliegenden amtlichen Schätzung mit einer Jahresrate von 5,6 %.⁵ Damit wurden etwa gleiche Zuwachsraten wie in den USA erreicht, die der Europäischen Union wurden bei weitem übertroffen. Getragen wurde die Entwicklung vor allem vom Export, der durch die anziehende Nachfrage aus den USA und den anderen asiatischen Volkswirtschaften sowie durch die Abwertung des Yen gegenüber dem US-Dollar kräftig angeregt wurde. Zudem legte, der vorläufigen amtlichen Statistik zufolge, der private Verbrauch überraschend stark zu. So gab es eine Sonderkonjunktur bei Autos, die auch auf die Markteinführung kleinerer Modelle zurückzuführen ist. Die schwache Entwicklung des Einzelhandelsumsatzes deutet aber darauf hin, dass diese vorläufigen Angaben über die Entwicklung des privaten Verbrauchs noch einmal nach unten korrigiert werden könnten. Die nach wie vor fragile Lage zeigte sich in der nochmaligen Verschärfung der Investitionskrise; bestehende Überkapazitäten, Unsicherheiten über die zukünftige Entwicklung, die anhaltende Restrukturierung der Unternehmen und die im internationalen Vergleich geringen Renditeerwartungen wirkten hier weiterhin bremsend.

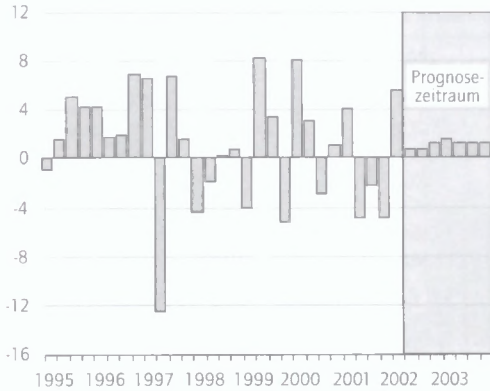
Auch in den Jahren 2000 und 2001 waren in Japan jeweils im ersten Quartal besonders hohe gesamtwirtschaftliche Zuwachsraten verzeichnet worden, ohne dass sich diese Entwicklung fortgesetzt hätte. Im Jahre 2001 kam es sogar zu einer kräftigen Rezession. Derzeit spricht einiges dafür, dass die Talsohle durchschritten ist. Der Geschäftsklimaindex und der Auftragseingang waren zuletzt leicht nach oben gerichtet. Auch das Verbrauchervertrauen stabilisierte sich. Das Tempo vom ersten Quartal wird aber nicht aufrecht zu erhalten sein. Besorgniserregend ist, dass im April die Exporte in die USA deutlich schrumpften. Die Nachfrage aus anderen Regionen wie Ostasien, aber auch Europa war noch zu schwach, um diesen Effekt zu kompensieren.

Die traditionellen geld- und fiskalpolitischen Instrumente sind in Japan seit längerem weitgehend ausgereizt. Der Fiskalpolitik sind angesichts einer

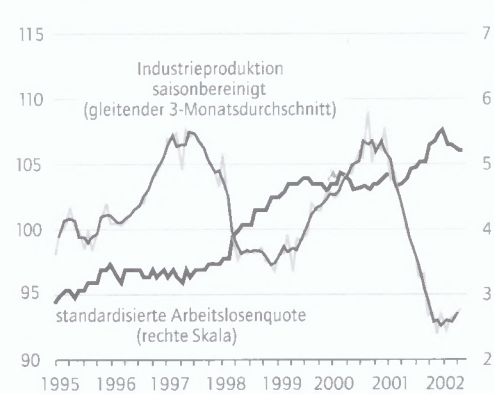
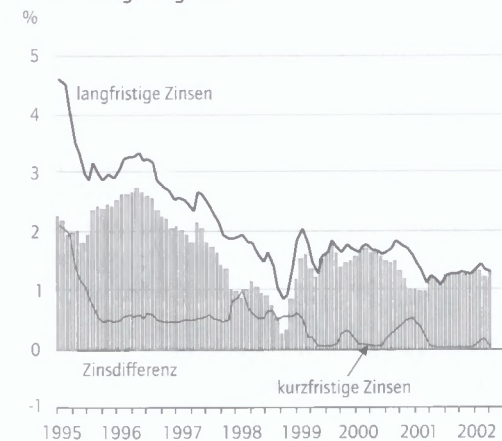
⁴ Vgl. D. Maki und M. Palumbo: Disentangling the Wealth Effect: A Cohort Analysis of Household Savings in the 1990s. Federal Reserve Board, Washington, D.C. 2001.

⁵ Derzeit plant das Statistische Amt eine grundlegende Revision der Erhebungsmethode für die ersten Schätzungen des Bruttoinlandsprodukts, um die Schätzgenauigkeit zu erhöhen. In der Vergangenheit waren vielfach substantielle Revisionen der veröffentlichten ersten Schätzergebnisse notwendig geworden.

Abbildung 1.4

Japan**Reales Bruttoinlandsprodukt**Saisonbereinigt, Veränderung in % gegenüber Vorquartal¹**Industrieproduktion und Arbeitslosenquote**

1995 = 100

**Kurz- und langfristige Zinsen**¹ Auf Jahresbasis hochgerechnet.

Quellen: OECD; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

innerhalb eines Konzerns nunmehr ermöglicht. Um die daraus resultierenden Steuerausfälle auszugleichen, wird allerdings zugleich für die Dauer von zwei Jahren eine Sonderabgabe für Unternehmen eingeführt. Vor diesem Hintergrund ist für den Prognosezeitraum nicht mit einer nennenswerten fiskalischen Stimulanz im Unternehmenssektor zu rechnen.

Auch von der Geldpolitik sind keine expansiven Impulse zu erwarten. Zum einen ist die Realverzinsung für Kredite bei sich beschleunigender Deflation deutlich positiv. Zum anderen sind die Geschäftsbanken bei der Kreditvergabe sehr zurückhaltend, da der Anteil schlechter Kredite weiterhin hoch ist und es erhebliche Bewertungsprobleme und mangelhafte Transparenz in den Rechnungslegungsvorschriften für Unternehmen gibt. Insgesamt sind mit der neuerlichen Aufwertung des Yen gegenüber dem US-Dollar seit dem Frühjahr die monetären Rahmenbedingungen restriktiver geworden. Zuletzt wurde durch eine gemeinsame Intervention der drei großen Zentralbanken die weitere Aufwertung des Yen gebremst.

Geldpolitik ohne Impulse

Somit bleibt die konjunkturelle Entwicklung fragil. Zwar wird das Anziehen der Weltkonjunktur letztlich doch die Exportnachfrage anregen. Die Binnennachfrage bleibt aber schwach. Der private Verbrauch wird nur moderat expandieren; die Investitionen werden angesichts der bestehenden Überkapazitäten zunächst noch schrumpfen und erst im kommenden Jahr wieder steigen. Alles in allem wird das Bruttoinlandsprodukt im Durchschnitt dieses Jahres nur geringfügig mit 0,2 % zunehmen. Die gesamtwirtschaftliche Erholung wird sich erst 2003 mit der besseren Exportkonjunktur festigen. Dann dürften auch die positiven Effekte der Umstrukturierungsmaßnahmen im Unternehmenssektor zur Entfaltung kommen, und das Bruttoinlandsprodukt wird um 1,2 % zulegen. Angesichts weiterer Preisliberalisierungen und Marktöffnungen ist eine Überwindung der Deflation im Prognosezeitraum nicht zu erwarten. Dies wird die Investitionstätigkeit nach wie vor beeinträchtigen. Die Arbeitslosenquote nimmt leicht zu und wird im Jahre 2003 bei etwa 6 % liegen.

Mittelosteuropa: Dynamik nahezu ungebrochen

Die Volkswirtschaften Mittelosteuropas, die den Status von Beitrittskandidaten zur Europäischen Union haben, entwickeln sich weiterhin dynamisch, wenngleich sich die Zuwachsraten im ersten Quartal 2002 abschwächten (Tabelle 1.3). Getragen wird die Dynamik von einer robusten Binnennachfrage – eine typische Erscheinung für Volkswirt-

Staatsverschuldung von mehr als 140 % des Bruttoinlandsprodukts die Hände gebunden. Zwar wird voraussichtlich rückwirkend zum April dieses Jahres eine Steuerreform in Kraft treten, die eine Aufrechnung von Gewinnen gegen Verluste

Tabelle 1.3

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosigkeit in Mittel- und Osteuropa

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote in %		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
		2001	2002	2003	2001	2002	2003	2001	2002	2003
Polen	41,9	1,0	1,2	2,0	5,5	3,5	3,0	16,5	17,5	17,0
Tschechien	14,6	3,3	3,2	3,5	4,7	3,5	3,5	8,7	8,5	8,0
Ungarn	12,6	3,8	3,5	4,0	10,8	6,0	5,0	5,6	5,5	5,0
Rumänien	11,1	5,3	2,0	2,0	35,0	30,0	25,0	7,5	8,0	8,0
Slowakei	5,4	3,3	2,5	3,0	7,4	5,5	5,0	19,2	18,5	18,0
Slowenien	5,2	3,0	3,2	3,5	7,0	6,0	5,0	6,5	6,0	6,0
Bulgarien	3,6	4,7	3,5	4,0	7,4	6,0	5,0	18,0	18,0	17,0
Mitteuropa ¹	94,4	2,6	2,2	2,7	9,8	7,3	6,2	12,4	12,8	12,4
Estland	0,7	4,7	4,5	5,5	5,2	5,0	4,5	12,6	12,0	11,5
Lettland	1,7	7,6	5,5	6,0	2,5	1,7	1,5	13,0	12,5	12,0
Litauen	3,2	5,9	4,5	5,0	1,3	0,7	1,0	16,0	15,5	14,5
Baltische Länder	5,6	6,3	4,8	5,4	2,2	1,5	1,6	14,7	14,2	13,4
Insgesamt ¹	100,0	2,8	2,3	2,9	9,4	7,0	6,0	12,6	12,9	12,5
Nachrichtlich: Exportgewichtet ²	–	3,0	2,6	3,1	–	–	–	–	–	–

1 Summe der aufgeführten Länder. Gewichte: Bruttoinlandsprodukt von 1998 in US-Dollar.

2 Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr von 1999.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen des DIW Berlin; 2001 bis 2003: Schätzung und Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

schaften, die sich im Aufholprozess befinden. So expandierte der private Verbrauch bei hohen Produktivitäts- und Reallohnzuwachsen kräftig. Zugleich legte in vielen Volkswirtschaften Mitteleuropas die Investitionstätigkeit zu – nicht zuletzt wegen der Anpassung an die Standards der EU. Die schwächere Konjunktur in Westeuropa wie auch die realen Aufwertungen einiger Währungen wirkten dagegen vielfach bremsend auf die Exporttätigkeit. Einen Sonderfall stellt Polen dar. Hier hemmt die Hochzinspolitik der Zentralbank noch immer die gesamtwirtschaftliche Expansion.

Die Aussichten für die Region sind alles in allem günstig. In den Staaten Mitteleuropas wird es mit dem weiteren Anziehen der Konjunktur in Westeuropa zu einer Beschleunigung der Exportentwicklung kommen. Der private Verbrauch wird zulegen; die Impulse gehen von hohen Reallohnsteigerungen aus, die bei entsprechenden Produktivitätszuwachsen nicht zu einer Gewinnkompression führen. Allerdings wird sich die Investitionsdynamik zwischen den einzelnen Beitrittskandidaten deutlich unterscheiden. In einigen Ländern wird die Geldpolitik, um die Inflationsdifferenz zur EU zu verkleinern, einen restriktiveren Kurs einschlagen. Die Fiskalpolitik bleibt im Wesentlichen expansiv ausgerichtet; die Haushaltsdefizite nehmen vielfach zu. In Kombination mit den teilweise hohen Leistungsbilanzdefiziten bleibt in einigen Volks-

wirtschaften die Gefahr einer „twin crisis“⁶ im traditionellen Sinne bestehen – dies gilt besonders für Polen, wo die Kombination von Leistungs- und Haushaltsdefizit von einer Hochzinspolitik der Zentralbank begleitet wird.

Das zusammengefasste Bruttoinlandsprodukt Mitteleuropas wird in diesem Jahr mit 2,3 % etwas weniger stark als zuvor expandieren; im Jahre 2003 wird das Wachstum wieder zulegen (2,9 %). Die Inflationsraten können weiter zurückgeführt werden. Die Arbeitslosenquote wird zunächst noch etwas steigen, mit der Beschleunigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung dann aber sinken.

Großbritannien: Nur zögerliche konjunkturelle Erholung

Die britische Wirtschaft hat auch zu Beginn dieses Jahres zunächst stagniert (Abbildung 1.5). Zwar legte der private Konsum, gestützt durch anhaltend kräftige Zuwächse der Realeinkommen, wie-

6 Traditionell wird unter einer „twin crisis“ die Kombination aus einer Leistungsbilanz- und Budgetkrise verstanden. Die neuere Literatur verwendet diesen Begriff jedoch zur Analyse von Leistungsbilanz- und Bankenkrisen. Vgl. G. Kaminsky und C. Reinhart: The Twin Crisis: The Causes of Banking and Balance-of-Payments Problems. Board of the Governors of the Federal Reserve System, International Finance Discussion Papers, Nr. 544, März 1996.

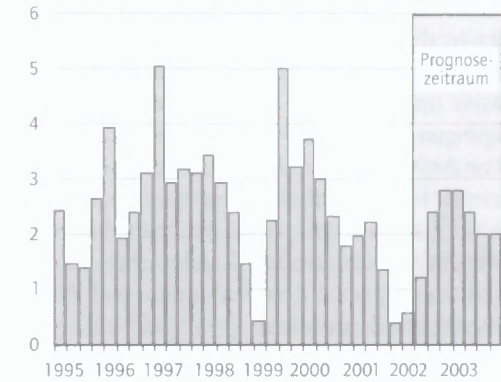
Gute Aussichten

Abbildung 1.5

Großbritannien

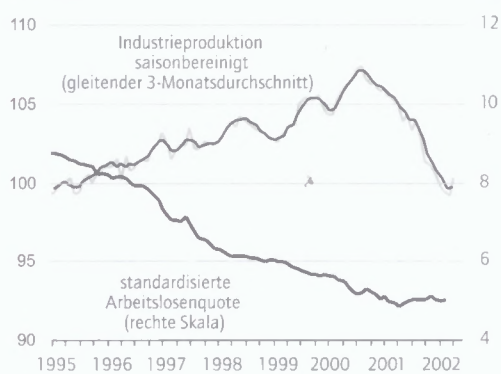
Reales Bruttoinlandsprodukt

Saisonbereinigt, Veränderung in % gegenüber Vorquartal¹

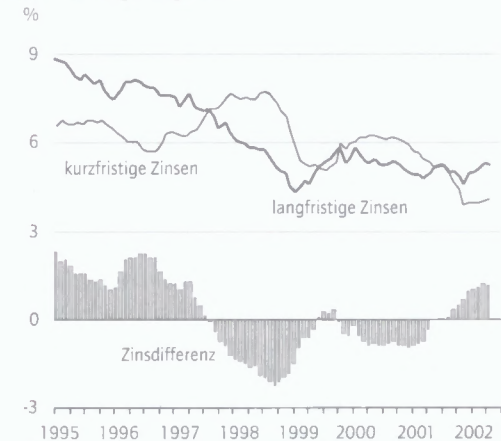


Industrieproduktion und Arbeitslosenquote

1995 = 100



Kurz- und langfristige Zinsen



¹ Auf Jahresbasis hochgerechnet.

Quellen: OECD; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

derum deutlich zu. Jedoch sank die Auslandsnachfrage kräftig. Gründe waren die schwache Konjunktur im Euroraum und die schlechte Wettbewerbsfähigkeit der britischen Wirtschaft aufgrund des hohen Pfundkurses. Als Folge wurden die Unternehmensinvestitionen erneut erheblich reduziert.

Im zweiten Quartal zog die Konjunktur wieder leicht an. Von der weltweiten Erholung profitiert allmählich auch Großbritannien, zumal der Pfundkurs etwas gesunken ist. Zum ersten Mal seit fast einem Jahr ist die Industrieproduktion wieder gestiegen; im April lag sie um 1,1 % über dem Vormonat. Zudem weist die Entwicklung der Einzelhandelsumsätze – zusammen mit der Entwicklung der Konsumentenkredite – auf einen anhaltend kräftigen privaten Verbrauch hin. Impulse gehen nach wie vor von der Finanzpolitik aus. Es ist geplant, die staatlichen Ausgaben noch einmal zu erhöhen. Die zusätzlichen Ausgaben insbesondere für das nationale Gesundheitswesen liegen bei knapp einem Prozentpunkt des Bruttoinlandsprodukts. Dem steht allerdings eine Erhöhung der Sozialbeiträge von etwa zwei Dritteln eines Prozentpunktes des Bruttoinlandsprodukts gegenüber. Der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte wird in diesem Jahr nicht einen Überschuss, sondern zum ersten Mal seit Jahren ein – wenn auch geringes – Minus aufweisen. Auch machen sich die Effekte der seit dem Vorjahr gelockerten Geldpolitik allmählich bemerkbar. Der Preisanstieg ist weiterhin sehr mäßig. Im Mai war der Einzelhandelspreisindex (RPI) um 1,1 %, der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) um 0,8 % höher als ein Jahr zuvor. Da zudem keine Beschleunigung des Preisauftriebs erkennbar ist, gibt es für die Bank of England, deren explizites Inflationsziel bei 2,5 % liegt, keinen Grund, die Zinsen in den nächsten Monaten zu erhöhen.

Unter diesen Bedingungen wird sich das gesamtwirtschaftliche Wachstum in der zweiten Jahreshälfte deutlich beschleunigen. Für 2002 errechnet sich im Durchschnitt ein Wirtschaftswachstum von 1,2 %, und für das nächste Jahr wird ein Zuwachs von 2,4 % prognostiziert. Die Arbeitslosenquote hat sich während der Stagnation im Winter kaum erhöht; offenbar haben die Unternehmen im Vertrauen darauf, dass die Wirtschaft sich rasch erholt, weitgehend auf Entlassungen verzichtet. Die zuletzt schwache Produktivität dürfte im kommenden Aufschwung wieder stärker steigen. Der Preisanstieg wird in diesem und im nächsten Jahr moderat bleiben.

Nach wie vor expansive Wirtschaftspolitik

Konjunkturelle Wende im Euroraum

Die weltweite konjunkturelle Erholung hat auch auf den Euroraum übergegriffen. Doch lässt der Aufschwung noch auf sich warten; er dürfte erst im Laufe des Sommers einsetzen (Abbildung 2.1). Vor allem vom Export gingen bisher kräftige Impulse aus. Dagegen blieb die Binnennachfrage bis zuletzt verhalten. Zwar hat der Euroraum den Konjunkturerinbruch vom vergangenen Jahr überstanden, ohne in eine Rezession zu fallen. Das Vertrauen in die konjunkturelle Entwicklung ist aber noch nicht wieder gefestigt. Diese Skepsis zeigt sich insbesondere in einer immer noch zurückhaltenden Investitionstätigkeit.

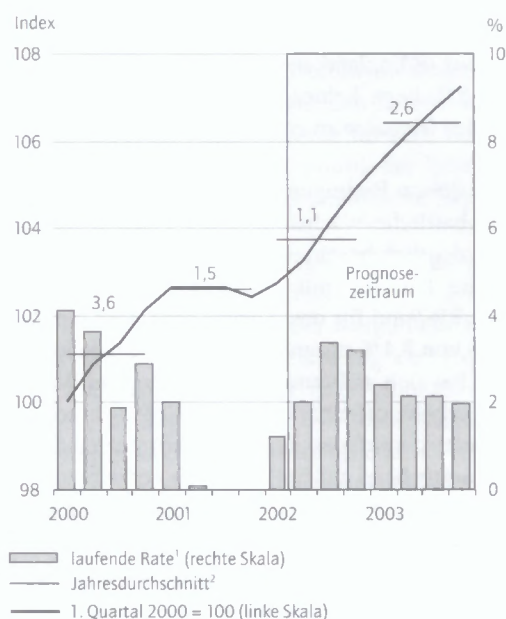
Auch wenn nunmehr alle vorlaufenden Indikatoren einen baldigen Aufschwung erwarten lassen, stellt sich bereits heute die Frage, wie groß die Chancen für eine nachhaltige Expansion sind. Dabei dürfte die im Vorjahr gelockerte Geldpolitik von Mitte des Jahres an die Binnennachfrage stimulieren. Doch einer auch im nächsten Jahr anhaltenden Entfaltung des Aufschwungs stehen – ähnlich wie im vorangegangenen Aufschwung von 1999/2000 – deutlich erkennbare Hindernisse entgegen. Denn von der Wirtschaftspolitik sind dann

keine anregenden Impulse mehr für die Konjunktur im Euroraum zu erwarten. Zwar wird die Geldpolitik voraussichtlich einen moderat expansiven Kurs in diesem Jahr beibehalten und damit der Wirtschaft auch im Prognosezeitraum leicht expansive Impulse geben. Die monetären Rahmenbedingungen insgesamt werden aufgrund der merklichen Aufwertung des Euro weniger günstig sein. Vor allem aber wird die Finanzpolitik im Euroraum per saldo restriktiv ausgerichtet sein, wenn insbesondere die großen Länder ihre Zielverpflichtungen gemäß dem Stabilitäts- und Wachstumspakt erfüllen wollen.

Nur eine geradezu boomende Weltwirtschaft könnte dazu führen, dass das relativ hohe Expansionstempo, das die Wirtschaft im Euroraum gegen Ende dieses Jahres erreichen dürfte, auch im nächsten Jahr anhält. Das ist aus heutiger Sicht aber nicht zu erwarten. Schließlich wird auch für die USA trotz des raschen Aufschwungs ein im Vergleich zum Jahr 2000 merklich geringeres Wachstum prognostiziert. Hinzu kommt, dass der Euro seinerzeit deutlich an Wert verlor, während er nunmehr eine spürbare Aufwertung an den Devisenmärkten erfährt. Vor diesem Hintergrund ist 2003 mit einer fühlbaren Verringerung der konjunkturellen Dynamik zu rechnen.

Abbildung 2.1

Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum Saisonbereinigt



¹ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet.

² Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

Allmähliche Erholung

Zu Jahresbeginn zeigten sich im Euroraum erste Anzeichen einer Erholung. Das Bruttoinlandsprodukt legte nach Berechnungen des DIW Berlin im ersten Quartal 2002 um 0,3 % im Vergleich zum Vorquartal zu.⁷ Dabei gingen von der Inlandsnachfrage weiterhin negative Impulse auf die wirtschaftliche Entwicklung aus. Da zudem die Kapazitäten merklich unterausgelastet waren, blieben die Ausrüstungsinvestitionen weiterhin abwärts gerichtet. Auch die Bauinvestitionen waren außer in Spanien, Griechenland und Portugal, die immer noch von erheblichen EU-Transfers zur Modernisierung ihrer Infrastruktur profitieren, in allen Ländern des Euroraums sehr schwach oder gar rückläufig (Tabelle 2.1).

Nach einer äußerst verhaltenen Ausweitung im vergangenen Jahr stagnierten die privaten Konsumausgaben zuletzt sogar. Darin spiegelt sich vor allem die verschlechterte Lage am Arbeitsmarkt.

⁷ Vgl.: Konjunkturerholung im Euroraum nur zögerlich. Bearb.: Kirsten Lommatzsch und Katja Rietzler. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 24/2002.

Auch Steuererhöhungen haben die Kaufkraft der privaten Haushalte beeinträchtigt. Die öffentlichen Konsumausgaben erhöhten sich nur geringfügig.

Kräftige Impulse kamen zu Jahresbeginn hingegen von der Außenwirtschaft. Nach deutlichen Rückgängen im zweiten Halbjahr 2001 stiegen die Exporte von Gütern und Dienstleistungen mit einer laufenden Jahresrate von 4 %. Vor allem die Exporte in Länder außerhalb des Euroraumes legten stärker zu als zuvor. Gleichzeitig verringerten sich die Importe infolge der schlechten Binnenkonjunktur; der Außenbeitrag stieg damit kräftig und trug mit einem Prozentpunkt zum Wachstum bei.

Trotz der schwachen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hatte sich der Beschäftigungsaufbau bis in die zweite Jahreshälfte 2001 fortgesetzt. Dies führte zu einem drastischen Rückgang bei der Produktivität und einem entsprechend starken Anstieg der Lohnstückkosten, obwohl die Lohnpolitik im Euroraum insgesamt weiterhin moderat war. In einigen kleineren Ländern allerdings, z. B. den Niederlanden und Irland, haben die Lohnsteigerungen zuletzt deutlich über der Summe aus Produktivitätszuwachs und geldpolitischer Zielinflationsrate gelegen. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich seit ihrem Tiefstand von 8,0 % (August 2001) bis zuletzt um lediglich 0,3 Prozentpunkte.

Der Preisauftrieb hat sich seit seinem Höhepunkt vom Mai 2001 (3,4 %) wieder erheblich verlangsamt. Die Inflationsrate betrug gemessen am HVPI zuletzt nur noch 1,7 %.

Für die zweite Jahreshälfte 2002 ist mit einer merklichen Beschleunigung der konjunkturellen Entwicklung zu rechnen, wenn sich infolge der zunehmenden Exporttätigkeit und der expansiven Geldpolitik auch die Ausrüstungsinvestitionen wieder beleben. Auch wenn im weiteren Verlauf dieses Jahres die Bauinvestitionen wieder wachsen, werden die Bruttoanlageinvestitionen lediglich das Niveau vom Vorjahr erreichen.

Mit der wirtschaftlichen Belebung dürfte die Beschäftigung zunächst allenfalls mäßig ausgeweitet werden. Bei leicht beschleunigten Lohnsteigerungen und abflachender Preisentwicklung werden die Konsumausgaben nach vier sehr schwachen Quartalen wieder mit einer laufenden Jahresrate von deutlich über 2 % steigen. Im Jahresdurchschnitt werden sie jedoch nur um 1,1 % zunehmen. Die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts wird sich im dritten und vierten Quartal – auf Jahresbasis hochgerechnet – zwar auf jeweils rund 3 % beschleunigen, für das Jahr insgesamt beträgt die Zunahme aufgrund der schwachen Entwicklung zu Jahresbeginn indes nur 1,1 %.

Tabelle 2.1

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2000	2001	2002	2003
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr				
Reales Bruttoinlandsprodukt	3,6	1,5	1,1	2,6
Privater Verbrauch	2,6	1,8	1,1	2,3
Öffentlicher Verbrauch	2,1	2,2	1,5	1,1
Bruttoanlageinvestitionen	4,9	-0,4	-0,2	3,3
Bauten	2,3	-0,5	-0,4	1,9
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	7,5	-0,3	-0,2	4,5
Außenbeitrag ¹	0,6	0,7	0,1	0,0
Verbraucherpreise ²	2,6	2,7	2,1	1,6
Lohnstückkosten	1,1	2,8	2,3	1,6
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo ³	-0,8	-1,4	-1,7	-1,1
Leistungsbilanzsaldo	-0,9	0,0	0,2	0,1
In % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote ⁴	8,5	8,1	8,3	8,1

1 Wachstumsbeitrag. 3 Gesamtstaatlich.
2 Harmonisierter Verbraucherpreisindex. 4 Standardisiert.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen des DIW Berlin; 2002 und 2003: Schätzung und Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

Auch im kommenden Jahr wird die gesamtwirtschaftliche Entwicklung merklich aufwärts gerichtet sein. Allerdings wird der Euro, dessen erhebliche Abwertung nach seiner Einführung 1999 den Exporten des Euroraumes in den vergangenen Jahren kräftige Impulse gegeben hatte, im Prognosezeitraum weiterhin spürbar aufwerten. Real effektiv dürfte sich die europäische Gemeinschaftswährung vom Frühjahr 2002 bis Ende nächsten Jahres um rund 7 % verteuern. Damit werden Marktanteile auf den außereuropäischen Exportmärkten verloren gehen und die Exportzuwächse deutlich nachlassen.

Aufwertung des Euro

Zusätzlich dürften im kommenden Jahr von der Finanzpolitik restriktive Wirkungen ausgehen, da die Sparanstrengungen im öffentlichen Sektor verstärkt werden, besonders ausgeprägt in Deutschland und Portugal.

Insgesamt wird sich daher das Expansionstempo zur Jahresmitte 2003 merklich verlangsamen. Dies betrifft vor allem die Exporte, die nach Zuwachsraten von rund 8 % auf Jahresbasis nur noch mit rund 5½ % wachsen dürften. Mit der Eintrübung der Exportaussichten wird sich auch die Investitionstätigkeit etwas abschwächen, wenngleich die Zuwachsraten mit rund 4 % auf Jahresbasis immer noch nennenswert sind. Die Importnachfrage steigt weiterhin kräftig, so dass die Außenwirtschaft, anders als in den Jahren zuvor, keinen Wachstumsbeitrag mehr leistet.

Bei gesamtwirtschaftlichen Zuwachsraten von gut 2 % wird die Beschäftigung nur wenig steigen; die

Kasten 1

Zum Gleichlauf der Konjunktur im Euroraum

Die Tatsache, dass der konjunkturelle Abschwung im Jahre 2001 gleichzeitig in den meisten Ländern des Euroraums einsetzte, hat die Frage aufgeworfen, ob dies ein Zeichen für eine stärkere Synchronität der Konjunkturzyklen¹ ist. Dies war im Zuge der zunehmenden Integration der EU-12 erwartet worden.² Der einheitliche Markt impliziert, dass Schocks sich auf alle Länder übertragen. Zudem sind die Geldpolitik und die Veränderungen des Wechselkurses jetzt nicht mehr Quelle asymmetrischer Schocks.

Allerdings gibt es eine Reihe von Faktoren, die dem Gleichlauf der Konjunkturzyklen entgegenwirken können. Dazu gehören vor allem Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur, so dass z. B. exogene Schocks unterschiedlich starke Folgen für das gesamtwirtschaftliche Wachstum haben können. Eine Rolle spielt auch, dass Lohn- und Fiskalpolitik weiterhin vor allem auf nationaler Ebene bestimmt werden. Zwar ist der Spielraum beider Politikbereiche begrenzt, sei es durch die Budgetregeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, sei es durch den Zwang, die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den anderen Mitgliedern der Währungsunion zu sichern. Grundsätzlich bleibt aber die Möglichkeit, die Wirkung der Schocks zu beeinflussen.

Eine Überprüfung der These, dass sich die Konjunkturzyklen zwischen den Mitgliedsländern der Union stärker angeglichen haben, kann im Frequenzbereich vorgenommen werden. Eine Zeitreihe wird dabei als Summe von orthogonalen, d. h. stochastisch unabhängigen, Komponenten mit unterschiedlicher Periodizität betrachtet. Durch die Zerlegung der Varianz im Spektrum kann die konjunkturelle Komponente eindeutig identifiziert werden. Ein konjunktureller Gleichlauf ergibt sich dann, wenn die konjunkturellen Komponenten zweier Zeitreihen einen engen stochastischen Zusammenhang aufweisen. Eine geeignete Größe für die Bestimmung der Stärke dieses Zusammenhangs ist die Kohärenz.³ Sie gibt den gesuchten stochastischen Zusammenhang zwischen zwei Zeitreihen bei einer bestimmten Frequenz an und weist ähnliche Eigenschaften auf wie das Quadrat des Korrelationskoeffizienten (Bestimmtheitsmaß). Zeitreihen verlaufen an der beobachteten Frequenz sehr ähnlich, wenn die Kohärenz Werte nahe eins aufweist und somit über dem kritischen Wert liegt. Hingegen ist der Zusammenhang sehr schwach, wenn die Werte nahe null sind.

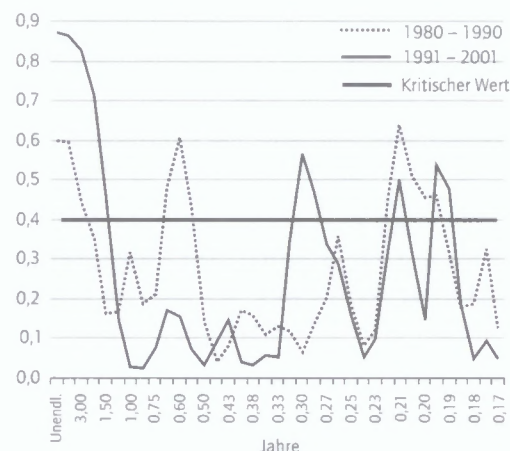
Eine Untersuchung im Frequenzbereich erfordert jedoch das Vorliegen von mindestens 100 Beobachtungen, um hinreichend stabile Ergebnisse zu erhalten. Bei monatlichen Beobachtungen betragen die Zeiträume damit etwa zehn Jahre.

¹ Europäische Kommission: European Economy, Nr. 2/2002, S. 102–106; OECD Economic Outlook, Nr. 71, Juni 2002, S. 141–158.

² J. A. Frankel und A. K. Rose: The Endogeneity of the Optimum Currency Area Criteria. In: The Economic Journal, Nr. 108/1998, S. 1009–1025.

³ Vgl. H. König und J. Wolters: Einführung in die Spektralanalyse ökonomischer Zeitreihen. Meisenheim am Glan 1972.

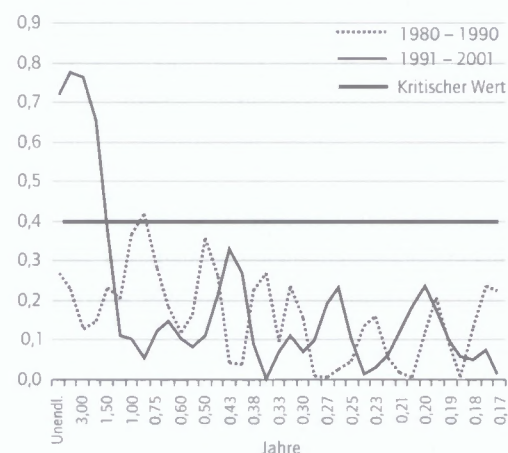
Abbildung 1

Kohärenz der Industrieproduktion zwischen Deutschland und Frankreich

Quellen: Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin; Kritischer Wert nach Lambert H. Koopmans: The Spectral Analysis of Time Series. New York und London 1974, S. 349, Tabelle A9.6.

DIW Berlin 2002

Abbildung 2

Kohärenz der Industrieproduktion zwischen Deutschland und Spanien

Quellen: Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin; Kritischer Wert nach Lambert H. Koopmans: The Spectral Analysis of Time Series. New York und London 1974, S. 349, Tabelle A9.6.

DIW Berlin 2002

Korrelationskoeffizienten zwischen den Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts und ausgewählter Komponenten einiger Mitgliedstaaten sowie derjenigen des EU 12-Aggregats und Deutschlands

	Zeitraum	EU 12				Deutschland	
		Bruttoinlands- produkt	Privater Konsum	Ausrüstungs- investitionen	Exporte	Bruttoinlands- produkt	Privater Konsum
EU 12	1994–1997	1,00	1,00	1,00	1,00	0,72	0,79
	1998–2001	1,00	1,00	1,00	1,00	0,80	0,86
Deutschland	1994–1997	0,72	0,79	0,95	0,81	1,00	1,00
	1998–2001	0,80	0,86	0,96	0,93	1,00	1,00
Frankreich	1994–1997	0,54	0,90	0,98	0,83	–0,05	0,59
	1998–2001	0,84	0,18	0,98	0,92	0,42	–0,22
Italien	1994–1997	0,42	0,28	0,98	0,90	–0,23	0,03
	1998–2001	0,72	0,68	0,99	0,76	0,41	0,46
Spanien	1994–1997	0,48	0,15	0,97	0,75	0,22	–0,24
	1998–2001	0,54	0,69	0,98	0,57	0,15	0,49
Niederlande	1994–1997	0,40	0,66	0,90	0,59	–0,15	0,53
	1998–2001	0,76	0,17	0,87	0,77	0,50	–0,10
Österreich	1994–1997	0,57	0,75	0,83	0,63	0,51	0,38
	1998–2001	0,71	–0,07	0,91	0,28	0,45	–0,32
Finnland	1994–1997	0,38	0,56	0,96	0,65	–0,06	0,24
	1998–2001	0,46	0,29	0,60	0,54	0,11	–0,02

Quellen: Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin. DIW Berlin 2002

Für den Euroraum wurden die Konjunkturverläufe anhand des Kohärenzmaßes für monatliche Werte der Industrieproduktion verglichen.⁴ Die untersuchten Zeiträume sind 1980 bis 1990 und 1991 bis 2001. In den Abbildungen 1 und 2 wird die Kohärenz zwischen den Reihen der Industrieproduktion für Deutschland und Frankreich einerseits sowie für Deutschland und Spanien andererseits gezeigt. Es ist ersichtlich, dass zwischen den Konjunkturverläufen Deutschlands und Frankreichs im Abschnitt von einem bis acht Jahren schon in den 80er Jahren ein deutlicher Zusammenhang bestand. Dieser ist in den 90er Jahren noch stärker geworden. Das Beispiel Spaniens zeigt hingegen, dass in den 80er Jahren keine signifikante Beziehung zum deutschen Konjunkturverlauf bestand. Im vergangenen Jahrzehnt, also nach dem Beitritt Spaniens zur Europäischen Union und der Einführung des Binnenmarktes, hat der Zusammenhang zwischen der deutschen und der spanischen Konjunktur jedoch erheblich zugenommen.

Ein anderes deskriptes Maß für die Stärke des Zusammenhangs zwischen zwei Zeitreihen ist der Korrelationskoeffizient. Der Vorteil hierbei ist, dass eine solche Untersuchung auch für relativ wenige Beobachtungen möglich ist. Der Nachteil besteht darin, dass keine Aussagen über die Signifikanz der Messergebnisse gemacht werden können. In der Analyse sind Korrelationskoeffizienten für das Bruttoinlandsprodukt und die Nachfragekomponenten berechnet worden, und zwar zum einen zwischen den Reihen der Mitgliedstaaten und denen des EU-12-Aggregats und zum anderen zwischen der Reihe für Deutschland und denen der anderen Mitgliedstaaten. Die Korrelation wurde für die saisonbereinigten Wachstumsraten gegenüber dem Vorquartal ermittelt. In einer solchen Betrachtung wird als konjunkturelle Schwankung die Abweichung von der durchschnittlichen Wachstumsrate gewertet. Verglichen wurden Zeiträume vom ersten Quartal 1994 bis zum vierten Quartal 1997 und vom ersten Quartal 1998 bis zum vierten Quartal 2001. Mit der Festlegung auf diese Perioden wurde vermieden, dass die divergierenden Entwicklungen zu Beginn der 90er Jahre vor allem als Folge der deutschen Einheit die Einschätzung verzerren. Zudem ist geprüft worden, ob sich mit dem Beginn der Währungsunion der Zusammenhang weiter verstärkt hat.

Die Tabelle gibt einen Überblick über die Korrelationskoeffizienten zwischen den Wachstumsraten der einzelnen Mitgliedstaaten und derjenigen des EU-12-Aggregats sowie derjenigen Deutschlands. Zudem enthält die Tabelle die entsprechenden Koeffizienten für einige Komponenten des Bruttoinlandsprodukts.

⁴ Für die Schätzungen standen 14 Freiheitsgrade zur Verfügung.

Es zeigt sich, dass die Korrelation zwischen den Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts einzelner Mitgliedsländer mit dem EU-12-Aggregat in beiden Zeiträumen positiv war; in der späteren Periode ist sie jedoch höher. Dies spricht für einen stärkeren Gleichlauf. Dabei ist der Zusammenhang zwischen der deutschen Entwicklung und der anderer Mitgliedstaaten eher schwächer. Auffallend ist, dass es seit 1998 zwischen allen Ländern durchweg positive Korrelationen gibt.

Betrachtet man die Entwicklung der Komponenten, so bestätigt sich die Vermutung, dass die Korrelationen in solchen Bereichen stärker ausfallen, die am stärksten durch den Binnenmarkt oder die gemeinsame Geldpolitik betroffen sind. So liegt der Korrelationskoeffizient bei Ausrüstungsinvestitionen für die vier größten Länder des Euroraums in beiden Perioden über 0,9. Der Unterschied zwischen den beiden Perioden fällt allerdings nur noch sehr gering aus; dies bestätigt, dass die geldpolitische Integration auch in den Jahren vor Beginn der Währungsunion schon sehr hoch war.

Weniger eindeutig lassen sich die Ergebnisse bei den Exporten interpretieren. Zwar weisen die Korrelationskoeffizienten recht hohe positive Werte auf, jedoch können landesspezifische Faktoren – wie die Struktur der Exporte, die Abnehmerländer – die Divergenzen in der Entwicklung hervorgerufen haben. Zudem verläuft in der Währungsunion die Anpassung bei einer Veränderung der Wettbewerbsfähigkeit über die Entwicklung der Exporte, was die positive Korrelation verringern wird.

Noch stärker fallen die Unterschiede beim privaten Konsum aus. Die Korrelationskoeffizienten sind in der Regel niedriger als im Fall des Bruttoinlandsprodukts oder der zwei genannten Komponenten. Die starken Unterschiede zwischen den Korrelationen in der ersten und der zweiten Periode sprechen vor allem dafür, dass für die Entwicklung des Konsums in erster Linie nationale Faktoren ausschlaggebend sind. Aus den Werten der Tabelle wird zudem deutlich, wie stark die Divergenzen im privaten Konsum zwischen Deutschland und den anderen Mitgliedstaaten sind. Der Konsum in Deutschland zeigt im Vergleich zu den übrigen Ländern der Währungsunion eindeutig eine Sonderentwicklung.

Arbeitslosenquote dürfte von 8,3 % in diesem Jahr auf 8,1 % zurückgehen.

Auch im Jahre 2003 dürfte die Lohnpolitik im Euroraum wieder stabilitätskonform sein. Zusammen mit der verbesserten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bewirkt dies einen deutlich geringeren Anstieg der Lohnstückkosten. Nach 2,8 % und 2,3 % in den Jahren 2001 und 2002 werden sie sich im kommenden Jahr nur noch um 1,6 % erhöhen. Die Inflationsrate dürfte weiter sinken, von 2,1 % in diesem Jahr auf 1,6 % im kommenden Jahr.

Finanzpolitik zieht die Zügel leicht an

Im Zuge der konjunkturellen Abschwächung im Jahre 2001 ist das aggregierte Finanzierungsdefizit im Euroraum von 0,8 % auf 1,4 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts gestiegen (Tabelle 2.2).

In diesem Jahr verändern sich die gesamtstaatlichen Finanzierungssalden nur wenig. Darin kommt zum Ausdruck, dass die konjunkturbedingten Einnahmeausfälle teilweise durch Ausgabenkürzungen ausgeglichen werden. Die Staatsausgaben werden im nächsten Jahr langsamer, die Einnahmen im gleichen Tempo wie das nominale Bruttoinlandsprodukt steigen, so dass die aggregierte Defizitquote im Euroraum deutlich – auf etwa 1 % zurückgehen wird. Dem kurzfristigen Konsolidierungseffekt steht jedoch ein wachstumsdämpfender

Effekt gegenüber. Es ist dieser Zielkonflikt, der in Frankreich die Debatte um das Tempo der Konsolidierung und eine zeitliche Streckung der Stabilitätsprogramme bis in die Jahre 2006/2007 erneut hat aufleben lassen. Auch in Italien dürfte diese Diskussion nach der Kritik von Eurostat an den zu niedrigen offiziellen Werten für das Defizit einsetzen.

Monetäre Rahmenbedingungen noch expansiv

Die Europäische Zentralbank hat die Leitzinsen seit November 2001 unverändert gelassen. Damals beendete sie eine Zinssenkungsrunde, mit der sie auf die deutliche Verschlechterung der Konjunkturaussichten reagiert und den entscheidenden Refinanzierungssatz⁸ der Banken von 4,75 % auf 3,25 % heruntergeschleust hatte.

Die Dreimonatszinsen betragen gegenwärtig 3½ % (Abbildung 2.2). Zwar haben sie damit gegenüber Anfang des Jahres um 15 Basispunkte angezogen, befinden sich aber weiterhin in nominaler und in realer Rechnung auf einem niedrigen Niveau. Sie liegen real um rund einen Prozentpunkt unter dem

⁸ Seit die EZB im Juni 2000 vom Mengentenderverfahren zum Zins-tenderverfahren übergegangen ist, heißt der entscheidende Refinanzierungssatz Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte, zuvor hieß er Hauptrefinanzierungssatz.

Tabelle 2.2

Indikatoren zur Situation der öffentlichen Haushalte in den EWU-Ländern

	Bruttoschulden ¹						Finanzierungssaldo ¹					
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Deutschland	60,9	61,3	60,3	62,0	61,9	59,7	-2,2	-1,6	-1,3	-2,7	-2,5	-1,5
Frankreich	59,5	58,5	57,4	57,2	57,5	56,5	-2,7	-1,6	-1,3	-1,4	-2,5	-1,9
Italien	116,4	114,5	110,6	109,4	106,5	104,3	-3,1	-1,8	-1,7	-2,2	-2,3	-1,9
Spanien	64,6	63,1	60,4	57,2	55,5	53,5	-2,6	-1,1	-0,4	0,0	0,1	0,4
Niederlande	66,8	63,1	56,0	53,2	52,5	51,0	-0,8	0,4	1,5	0,2	-0,1	0,1
Belgien	119,3	115,0	109,3	107,5	105,0	103,0	-0,9	-0,6	0,1	0,0	-0,1	0,2
Österreich	63,9	64,9	63,6	61,7	59,5	57,0	-2,5	-2,2	-1,9	0,1	-0,1	0,2
Finnland	48,8	46,8	44,0	43,6	42,5	41,0	1,3	1,9	7,0	4,9	2,2	2,7
Griechenland	105,0	103,8	102,8	99,7	95,5	92,5	-3,1	-1,7	-0,8	-0,2	-0,3	0,1
Portugal	54,8	54,2	53,4	55,6	53,5	53,0	-2,3	-2,2	-1,8	-2,9	-2,9	-2,5
Irland	55,1	49,6	39,0	36,6	34,5	32,5	2,3	2,3	4,5	1,7	0,4	1,0
Luxemburg	6,3	6,0	5,6	5,5	5,5	5,5	3,2	3,8	5,8	5,0	4,0	3,8
Euroraum ²	73,8	72,7	70,2	69,8	68,7	66,9	-2,2	-1,3	-0,8	-1,4	-1,7	-1,1

1 In % des Bruttoinlandsprodukts; Abgrenzung gemäß dem Vertrag von Maastricht. Finanzierungssaldo ohne Sondereinnahmen aus der Vergabe von Mobilfunklizenzen.

Quellen: EZB; Eurostat; Europäische Kommission; 2002 und 2003: Schätzung und Prognose des DIW Berlin.

2 Summe der Länder; gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2001 in Euro.

DIW Berlin 2002

vergleichbaren langfristigen Durchschnittswert⁹, aber dennoch etwas über dem so genannten Taylor-Zins.¹⁰ Der langfristige Zins, gemessen an der Rendite zehnjähriger Staatsanleihen, liegt mit nominal 5¼ % und real 3½ % ungefähr auf einem neutralen Niveau, wenn man wiederum einen vergleichbaren langfristigen Durchschnittswert und den Taylor-Zins als Maßstab heranzieht. Sie befinden sich etwa auf dem Niveau vor Jahresfrist. Demgegenüber sind die Kreditzinsen für Unternehmen im selben Zeitraum um knapp einen halben Prozentpunkt gesunken. Allerdings sind die Aktienkurse abermals zurückgegangen – um rund 24 % in den vergangenen zwölf Monaten –, wodurch sich die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen und die Vermögenssituation der Aktienbesitzer deutlich verschlechtert haben.

Nach wie vor ist der Euro unterbewertet, so dass die preisliche Wettbewerbsfähigkeit von Gütern, die im Euroraum produziert werden, hoch ist. Allerdings ist der konjunkturelle Impuls infolge der Aufwertung des Euro mittlerweile negativ. Gegenüber Juni 2001 hat der Euro real effektiv um 8 % aufgewertet, im Vergleich zum Durchschnitt des Vorjahres um 4 %; gegenüber dem US-Dollar sogar um 12 % bzw. 7 %. Trotz der niedrigen kurzfristigen Zinsen ist daher der konjunkturelle Impuls, der von den monetären Rahmenbedingungen insgesamt ausgeht, nur schwach.

Die Expansion der Geldmenge dürfte die Entwicklung der nachfragewirksamen Liquidität weiterhin deutlich überzeichnen, da es als Folge des Rückgangs der Aktienkurse seit Anfang 2000 und als Reaktion auf die gestiegene Unsicherheit über die

künftige wirtschaftliche Entwicklung – auch in Zusammenhang mit den Anschlägen vom 11. September – zu erheblichen Portfolioumschichtungen zugunsten kurzfristiger Anlagen gekommen ist. Die Tatsache, dass die Geldmenge M3 im Mai 2002 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 7,8 % zunahm und auch der Dreimonatsdurchschnitt der Vorjahresraten mit 7,5 % deutlich über dem Referenzwert der EZB für das Geldmengenwachstum von 4,5 % lag, lässt nicht den Schluss zu, dass sich hier der Aufbau eines Inflationspotentials andeutet. Hierfür spricht insbesondere, dass der Zuwachs der Kredite mit 5,6 % gegenüber dem Vorjahresmonat relativ niedrig ist.¹¹ Erst in jüngster Zeit deutet sich eine leichte Erholung an.

Bei der sich nur langsam schließenden Produktionslücke im Euroraum dürfte sich der Preisanstieg weiter verringern: Die Preiserhöhungsspielräume der Unternehmen bleiben niedrig und die Lohnentwicklung moderat. Aufgrund von Basiseffekten könnte die Inflationsrate in den Sommermonaten allerdings nochmals in der Nähe der 2-Prozent-Marke liegen, bevor sie im Herbst deutlich darunter fällt. Im Durchschnitt der Jahre 2002

Kein Aufbau des Inflationspotentials

Preisanstieg wird sich weiter verringern

9 Vgl.: Geldpolitik in besonderer Verantwortung für den Aufschwung. Bearb.: Silke Tober. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 47/2000, Tabelle 1 auf S. 802. Für den Vergleich der Realzinsen mit langjährigen Durchschnittswerten werden hier nicht die aggregierten Durchschnitte der Länder des heutigen Euroraums verwendet, da diese Verzerrungen durch Risikoprämien und Wechselkurserwartungen enthalten, sondern die für Deutschland und als zusätzliche Orientierungsgröße jene für die USA.

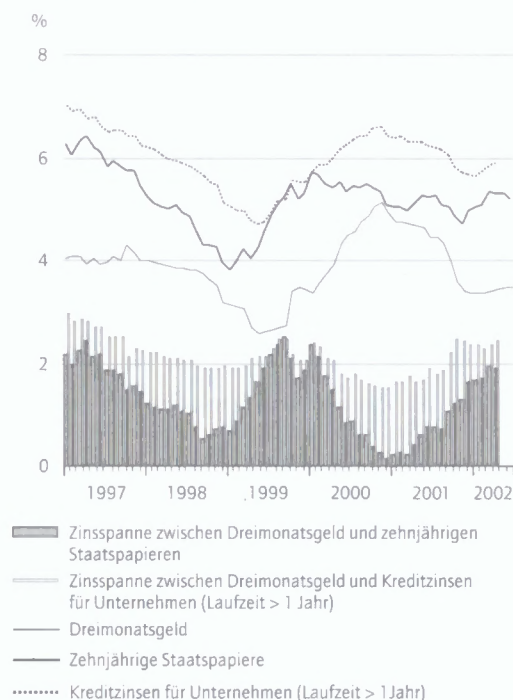
10 Der Taylor-Zins ergibt sich aus einer geldpolitischen Regel, in die der Gleichgewichtszinssatz, die Produktionslücke und die Abweichung der Preissteigerungsrate vom geldpolitischen Inflationsziel eingeht. Zur Berechnung des Taylor-Zinses, vgl. Europäische Geldpolitik: Expansionskurs beibehalten. Bearb.: Silke Tober. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 12/2002, Kasten 1 auf S. 207/208.

11 Buchkredite an Private im Euroraum, Durchschnitt März bis Mai 2002.

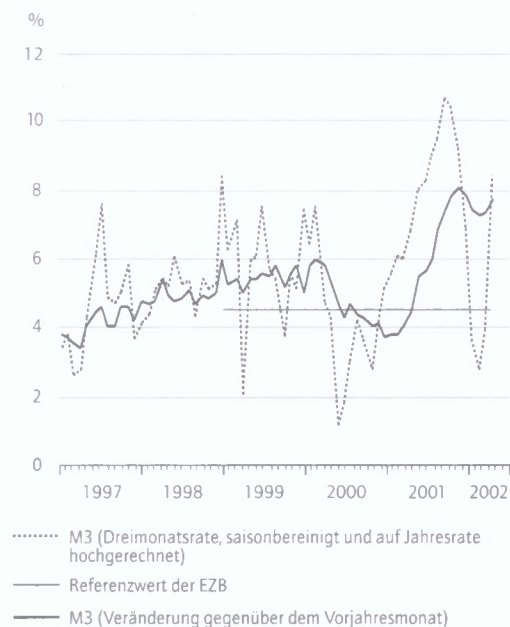
Abbildung 2.2

Zur monetären Lage im Euroraum

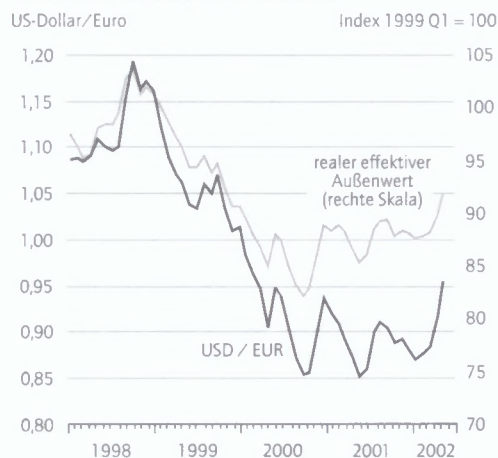
Ausgewählte Zinssätze und Zinsspannen Januar 1997 bis Juni 2002



Entwicklung der Geldmenge M3 Januar 1997 bis Mai 2002



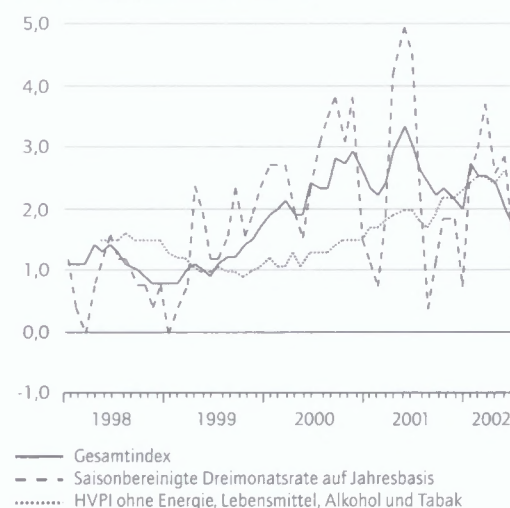
Wechselkurs zwischen US-Dollar und Euro¹ und realer effektiver Außenwert des Euro²



Harmonisierter Verbraucherpreisindex

Januar 1998 bis Juni 2002

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Vor 1998 Wechselkurs zwischen US-Dollar und D-Mark sowie zwischen US-Dollar und ECU.

² Gegenüber einem weiten Länderkreis, auf Basis der Verbraucherpreise.

Quellen: Europäische Zentralbank; Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

und 2003 wird der Anstieg des HVPI 2,1 % bzw. 1,6 % betragen.

Im Prognosezeitraum wird das monetäre Umfeld restriktiver: Erstens ist damit zu rechnen, dass die

EZB die Leitzinsen um die Jahreswende um insgesamt einen halben Prozentpunkt erhöht. Zweitens dürfte der Euro abermals aufwerten, so dass die preisliche Wettbewerbsfähigkeit des Euro-raums beeinträchtigt wird.

Deutschland: Der Aufschwung kommt – und schwächt sich wieder ab

Die weltweite Konjunkturbelebung hat nun auch auf Deutschland übergreifen. Der Aufschwung dürfte sich jedoch erst in den nächsten Monaten entfalten (Abbildung 3.1). Der Konjunkturverlauf in diesem Jahr entspricht damit etwa den vom DIW Berlin gehegten Erwartungen (Abbildung 3.2). Die konjunkturelle Wende wurde durch die Exportentwicklung eingeleitet. Dagegen ist die Binnennach-

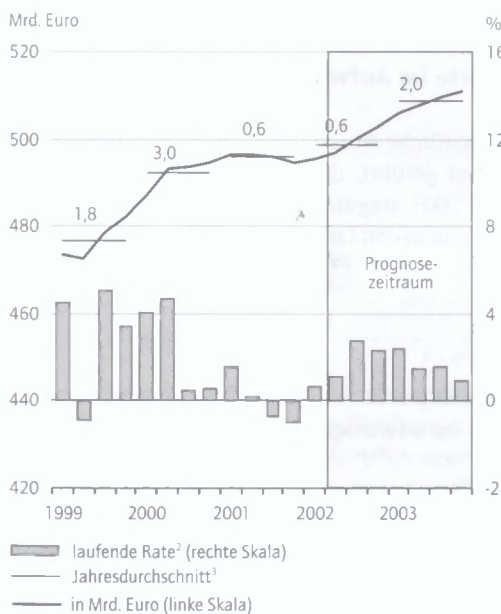
frage noch sehr schwach geblieben (Tabelle 3.1). Entgegen den Erwartungen hat sich die Investitionstätigkeit noch nicht wieder belebt, und der private Konsum war sogar rückläufig.

Im weiteren Verlauf dieses Jahres sollten sich die Auftriebskräfte gleichwohl verstärkt durchsetzen. Vom Sommer an dürfte sich die vorjährige Lockerung der Geldpolitik sowohl bei den Investitionen als auch bei den Exporten in die übrigen EWU-Länder positiv bemerkbar machen. Der private

Auftriebskräfte setzen sich durch

Abbildung 3.1

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland Saison- und arbeitstäglich bereinigt¹



- 1 Nach X-12-ARIMA.
- 2 Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet.
- 3 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

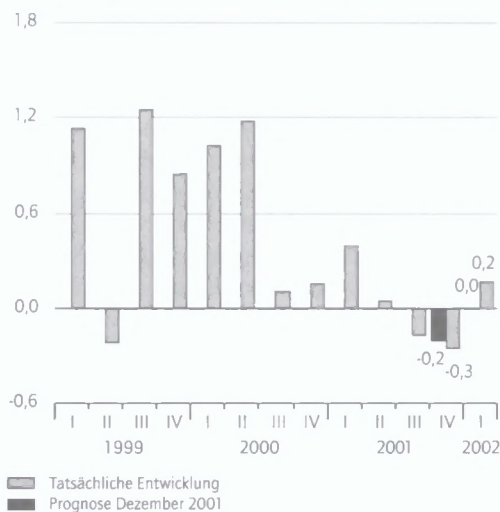
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

Abbildung 3.2

Prognose und tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts¹ in Deutschland Saison- und arbeitstäglich bereinigt²

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %



- 1 In Preisen von 1995.
- 2 Nach X-12-ARIMA.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

Annahmen

- Der Erdölpreis wird sich im Prognosezeitraum um 25 US-Dollar bewegen.
- Der Wechselkurs des Euro wird zum Jahresende 0,98 US-Dollar/Euro betragen. Bis Ende 2003 ist eine weitere Aufwertung auf 1,05 US-Dollar/Euro unterstellt worden.
- Die Europäische Zentralbank wird den Leitzins im vierten Quartal 2002 und im ersten Quartal 2003 um jeweils ¼ Prozentpunkt erhöhen.
- Die Tariflöhne werden in diesem Jahr um etwa 2,7 % steigen, im kommenden Jahr mit einer Rate von 2,5 %.
- Die Einkommensteuerentlastung wird wie geplant im Jahre 2003 durchgeführt. Die Finanzpolitik hält sich an den im Finanzplanungsrat beschlossenen Ausgabenpfad.

Tabelle 3.1

Beiträge zum Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts

In Prozentpunkten

	DIW-Schätzung vom Juli 2001		DIW-Schätzung vom Juli 2002		Differenz der Schätzung	
	2001	2002	2001	2002	2001	2002
Privater Konsum	0,5	1,1	0,6	0,1	0,1	-1,0
Staatskonsum	0,2	0,2	0,3	0,2	0,1	0,0
Ausrüstungen	0,3	0,5	-0,4	-0,5	-0,7	-1,0
Sonstige Anlagen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0
Bauten	-0,7	0,0	-0,7	-0,2	0,0	-0,2
Lagerinvestitionen	0,2	0,1	-0,9	0,3	-1,1	0,2
Inlandsnachfrage	0,6	2,0	-1,0	0,0	-1,6	-2,0
Exporte	1,8	1,9	1,6	1,0	-0,2	-0,9
Importe	1,4	1,6	0,0	0,4	-1,4	-1,2
Außenbeitrag	0,4	0,3	1,6	0,6	1,2	0,3
Bruttoinlandsprodukt	1,0	2,3	0,6	0,6	-0,4	-1,7

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

Moderate Inflationsentwicklung

Konsum wird wohl, bei höheren Tarifabschlüssen und geringerem Preisanstieg, etwas stärker expandieren. Damit dürften die Folgen für Investitionen und Beschäftigung nach der milden Rezession im Vorjahr allmählich überwunden werden. Nach dem Abklingen des Ölpreisschocks ist die Inflationsentwicklung – wie erwartet – ausgesprochen moderat gewesen. Hieran ändern auch die jüngsten Tarifabschlüsse nichts. Wegen des schwachen Expansionstempos zum Jahresbeginn wird sich die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahre 2002 im Durchschnitt nur um 0,6 % erhöhen.

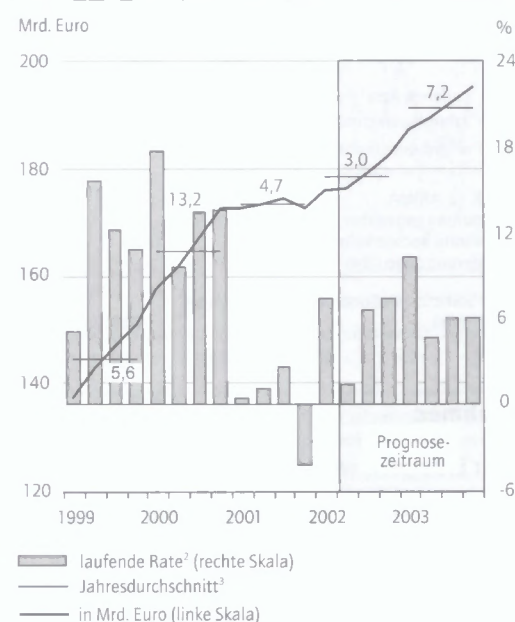
Risiken für einen ungebrochenen Aufschwung im Jahre 2003

Was die Konjunkturaussichten für das kommende Jahr angeht, ist Skepsis angebracht. Wesentlich ausgeprägter als für den Euroraum insgesamt zeigen sich in Deutschland Hindernisse für eine ungebrochene Fortsetzung des Aufschwungs im Jahre 2003. Ohnehin wird die weltwirtschaftliche Dynamik wohl schwächer ausfallen als im Jahre 2000. Zudem wertet der Euro anders als damals auf; deshalb dürfte es zu keinem Exportboom wie seinerzeit kommen. Wohl ebenso bedeutsam ist der angekündigte finanzpolitische Konsolidierungskurs. Werden die Zusagen eingehalten – wovon hier ausgegangen wird –, dann ist mit erheblichen Restriktionswirkungen zu rechnen, die zusammen mit den übrigen Belastungen zu einer merklichen Verlangsamung des Expansionstempos schon in der ersten Jahreshälfte 2003 führen dürften. Damit bleiben nicht nur die Arbeitsmarktp Probleme ungeklärt; unter den gegebenen Umständen dürfte sich auch die Hoffnung auf einen kräftigen Konjunkturaufschwung im Jahre 2004, der für das Erreichen der Konsolidierungsziele bei den öffentlichen Haushalten unerlässlich ist, als trügerisch erweisen. Im Jahresdurchschnitt 2003 wird das Bruttoinlandsprodukt um 2,0 % steigen.

Exporte im Aufwind

Der deutliche Abschwung der Weltwirtschaft hatte dazu geführt, dass die deutschen Exporte im Jahre 2001 stagnierten. Mit der konjunkturellen Erholung in den USA ist diese Phase überwunden. Bereits im ersten Quartal 2002 ist die Ausfuhr –

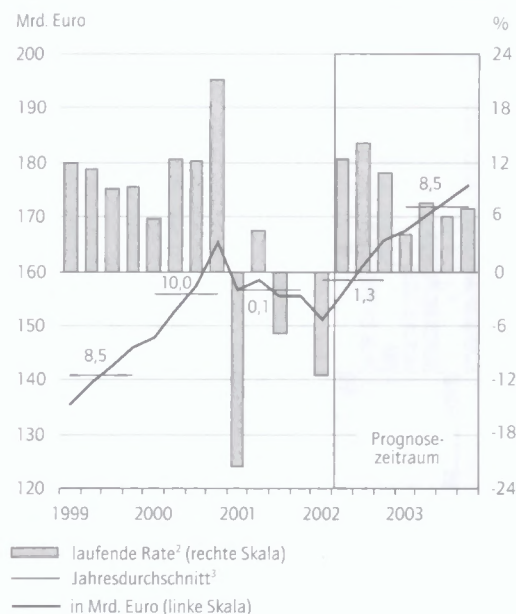
Abbildung 3.3

Reale ExporteSaison- und arbeitstäglich bereinigt¹¹ Nach X-12-ARIMA.² Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet.³ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

Abbildung 3.4

Reale ImporteSaison- und arbeitstäglich bereinigt¹¹ Nach X-12-ARIMA.² Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet.³ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

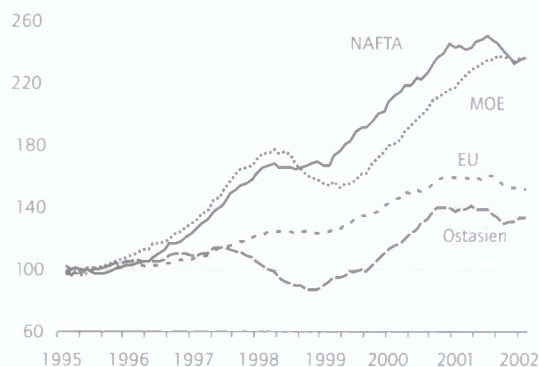
DIW Berlin 2002

im Gegensatz zur Einfuhr – wieder kräftig gestiegen (Abbildungen 3.3 und 3.4). Treibende Kraft waren die Warenexporte in die USA und nach Großbritannien sowie die unverändert gute Entwicklung der Ausfuhr nach Mittel- und Osteuropa (Tabelle 3.2 und Abbildung 3.5). Immer noch rückläufig waren hingegen die Warenexporte in die übrigen Länder des Euroraums, die der größte Ab-

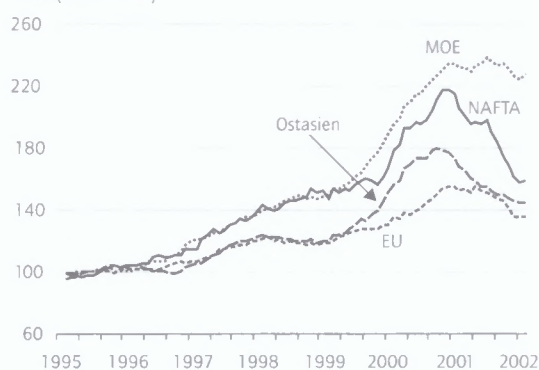
Abbildung 3.5

Regionale Entwicklung des deutschen Außenhandels¹**Ausfuhr²**

Index (1995 = 100)

**Einfuhr²**

Index (1995 = 100)

¹ Zur Ländergliederung vgl. Tabelle 3.2.² Spezialhandel, nominal; saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4); gleitender 3-Monatsdurchschnitt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

Tabelle 3.2

Regionale Entwicklung der deutschen Ausfuhren (Spezialhandel)

Ländergruppe	1998	1999	2000	2001	1998	1999	2000	2001	1998	1999	2000	2001
	Mrd. Euro				Anteile in %				in % vom Bruttoinlandsprodukt			
Insgesamt	487	510	596	636	100,0	100,0	100,0	100,0	25,3	25,8	29,4	30,9
EU	276	293	337	351	56,6	57,6	56,6	55,2	14,3	14,9	16,7	17,0
darunter: EWU	211	230	265	275	43,3	45,1	44,4	43,2	10,9	11,6	13,1	13,3
EFTA ¹	27	27	31	33	5,5	5,3	5,1	5,2	1,4	1,4	1,5	1,6
NAFTA ²	53	59	71	78	10,9	11,6	11,9	12,2	2,8	3,0	3,5	3,8
Ostasien ³	34	36	47	50	7,0	7,1	7,8	7,8	1,8	1,8	2,3	2,4
MOE ⁴	45	43	53	62	9,3	8,5	8,9	9,7	2,3	2,2	2,6	3,0
Mercosur ⁵	8	7	7	8	1,6	1,3	1,2	1,2	0,4	0,3	0,4	0,4
Übrige ⁶	45	44	50	55	9,1	8,7	8,5	8,6	2,3	2,2	2,5	2,7

¹ Schweiz, Norwegen, Island, Liechtenstein.² USA, Kanada, Mexiko.³ Japan, China, Hongkong, Taiwan, Singapur, Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Südkorea.⁴ Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Bulgarien, Rumänien, Russland, Ukraine, Weißrussland.⁵ Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay sowie Bolivien und Chile (assoziiert).⁶ Afrika, Australien und Ozeanien, restliche Länder in Asien und Lateinamerika.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

satzmarkt für deutsche Erzeugnisse sind. Die Zahlen für den Spezialhandel im Monat April sprechen dafür, dass auch die Warenexporte in die EWU im zweiten Quartal 2002 wieder gestiegen sind.

Preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber europäischen Konkurrenten bleibt hoch, ...

Im Prognosezeitraum werden sowohl eine verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den europäischen Konkurrenten als auch die anziehende Investitionsnachfrage im Ausland die deutschen Exporte beflügeln. Angestoßen vom Aufschwung in den USA wird es im zweiten Halbjahr 2002 zu einer konjunkturellen Erholung im Euroraum und damit zu einer verstärkten Nachfrage nach Investitionsgütern kommen. Diese wird sich im Jahresverlauf 2003 abschwächen, wenn die konjunkturelle Dynamik wieder an Kraft verliert. Unverändert positiv sind die Erwartungen für die Ausfuhr nach Mittel- und Osteuropa, wo für die Jahre 2002 und 2003 ein kräftiges Wirtschaftswachstum erwartet wird.

... gegenüber der US-amerikanischen Wirtschaft wird sie sich jedoch verschlechtern

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen gegenüber der amerikanischen Wirtschaft wird sich im Prognosezeitraum spürbar verschlechtern. Der Effekt durch die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar wird dadurch etwas gemildert, dass die Preise in Deutschland merklich langsamer steigen werden als in den USA. Gegenüber den Anbietern im Euroraum wird sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure weiter verbessern, da für Deutschland deutlich geringere Preissteigerungen erwartet werden als für die übrigen EWU-Mitgliedsländer. Auch gegenüber Anbietern in Mittel- und Osteuropa können deutsche Exporteure ihre Wettbewerbsposition weiter ausbauen, da die jeweiligen Landeswährungen im Prognosezeitraum gegenüber dem Euro real aufwerten werden.

Alles in allem werden sich die Exporte von Waren und Dienstleistungen im Jahre 2002 um 3 % erhöhen; für das Jahr 2003 ist mit einem Anstieg um 7,2 % zu rechnen.

Verbesserte Einkommensperspektiven stützen privaten Konsum

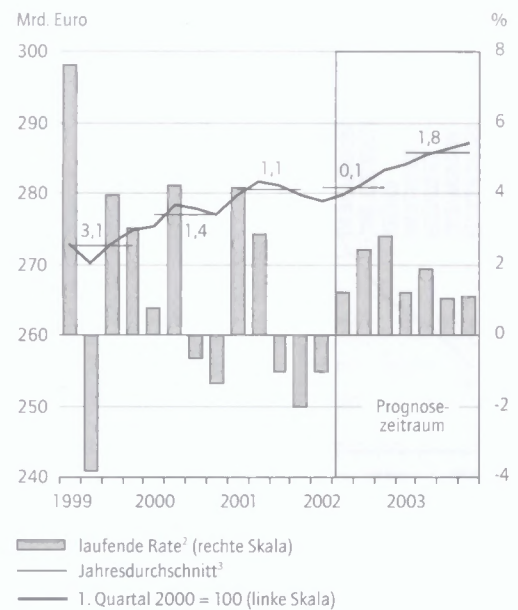
Die privaten Konsumausgaben expandierten im ersten Halbjahr 2002 nur moderat; die Sparquote erhöhte sich leicht. Die Preise für die Lebenshaltung waren im Januar vorübergehend stärker gestiegen (Kasten 2). Aus dieser Preisentwicklung resultierte für den realen privaten Konsum in der ersten Jahreshälfte nur ein leichtes Plus (Abbildung 3.6).

Von den verfügbaren Einkommen gehen in diesem Jahr wieder stärkere Impulse auf den privaten Konsum aus. Die Tariflohnhebungen führen zu

Abbildung 3.6

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte

Saison- und arbeitstäglich bereinigt¹



¹ Nach X-12-ARIMA.

² Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet.

³ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

einer deutlichen Steigerung bei den Effektivlöhnen. Auch höhere Kindergeldzahlungen und die Rentenanpassungen stärken die Einkommensbasis. Dämpfend wirkt hingegen die per saldo sinkende Beschäftigung, ebenso die wieder voll greifende Steuerprogression und die gestiegenen Beitragsätze zur Krankenversicherung. Nimmt man die nahezu stagnierenden Selbständigeneinkommen mit ins Bild, ergibt sich eine Zunahme der verfügbaren Einkommen von 1,8 % in diesem Jahr.

Bei nur moderaten Preissteigerungen und nahezu unveränderter Sparquote errechnet sich für den Jahresdurchschnitt wegen des niedrigen Niveaus zu Jahresbeginn beim privaten Konsum kaum ein Zuwachs (+0,1 %); im Verlauf ist dies ein Plus von 1,3 %.

Im kommenden Jahr dürften die verfügbaren Einkommen um 3,2 % zunehmen. Hierzu tragen die Tarifsteigerungen von 2½ %, eine im Jahresdurchschnitt höhere Beschäftigung und neuerliche Steuerentlastungen bei. Hingegen wird die Rentenanpassung im nächsten Jahr wohl etwas geringer ausfallen. Bei abermals unverminderter Sparquote und weiter abgeschwächtem Preisanstieg wird der private Verbrauch um 1,8 % expandieren.

Privater Konsum zunächst noch schwach

Teuerungseffekte der Euro-Bargeldeinführung?

Anfang des Jahres wurde der Euro als Bargeld eingeführt. Ebenfalls zu Beginn des Jahres gab es in Deutschland einen deutlichen Teuerungsschub: Der Preisindex für die Lebenshaltung stieg gegenüber Dezember 2001 – nicht saisonbereinigt – um durchschnittlich 0,9 %. Nahrungsmittel verteuerten sich schlagartig um durchschnittlich 3 %, darunter Gemüse sogar um 20 %. Die Preise für Tabakwaren schnellten um 5,7 % empor, die für Kraftstoffe um 3,5 %. Gibt es nun einen Zusammenhang zwischen der Einführung des Euro als Bargeld und dem Preisschub, wie vielfach geäußert wurde? Zur Beantwortung dieser Frage müssen zwei weitere Ursachen in die Betrachtung einbezogen werden. Erstens wurden zu Jahresbeginn die Steuern auf Mineralöl, Strom, Tabak und Versicherungsprämien angehoben, was für sich genommen 0,4 Prozentpunkte des Preisanstiegs bewirkt haben dürfte. Zweitens führten schlechte Witterungsbedingungen, vor allem in Südeuropa, zu einer selbst für diese Jahreszeit unüblich kräftigen Steigerung der Preise für Gemüse und Obst. Hierauf dürften ebenfalls rund 0,4 Prozentpunkte des gesamten Preisanstiegs im Januar zurückzuführen sein.¹

Der Schub im Preisniveau, der nicht über diese Sonderfaktoren erklärt werden kann, ist also sehr gering. Um zu entscheiden, ob hier ein „ungewöhnlicher“ und damit möglicherweise auf die Euro-Bargeldeinführung zurückgehender Effekt vorliegt, muss man eine Einschätzung darüber treffen, was unter diesen Umständen eine „normale“, d. h. eine sich aus der ökonomischen Dynamik ergebende Steigerung des um die Sondereffekte bereinigten Preisindex wäre. Hierfür wäre an sich die Spezifikation eines strukturellen Inflationsmodells erforderlich. Hinweise kann aber auch ein einfacheres Modell mit autoregressiver Dynamik und der Ölpreisentwicklung als erklärenden Variablen liefern.

Ein Vergleich der hiermit generierten Prognose mit dem tatsächlichen Wert für die Preisentwicklung im Januar erlaubt einen Rückschluss darauf, ob Letzterer außerhalb der üblichen Prognosefehler des Modells liegt. Entsprechende ökonometrische Untersuchungen haben keine Evidenz für diese These geliefert.²

Im vorliegenden Fall wurde ein Fehlerkorrekturmodell mit Ölpreisen und von Sonder- und Saisoneffekten bereinigtem Preisindex der Lebenshaltung für den Zeitraum von Januar 1991 bis Dezember 2001 spezifiziert. Die Sondereffekte wurden dadurch berücksichtigt, dass die Teilindizes Obst, Gemüse, Tabakwaren, Strom, flüssige Brennstoffe, Kraft- und Schmierstoffe für Privatfahrzeuge und Versicherungsdienstleistungen aus dem Gesamtindex herausgerechnet wurden. Es ergibt sich folgende Schätzgleichung (t-Werte in Klammern):

$$\Delta p_t = 0,074 - 0,017p_{t-1} + 0,003oil_{t-1} - 0,004\Delta oil_{t-4} - 0,005\Delta oil_{t-8} + Dummies$$

(7,43) (-8,05) (4,49) (-2,25) (-3,05)

$$R^2 = 0,56 \quad DW: 2,28$$

Die Variablen p und oil bezeichnen den natürlichen Logarithmus des bereinigten Preisindex sowie des Ölpreises (North Sea Brent), Δ die ersten Differenzen der Variablen; die Subskripte geben die Verzögerungen an.

Zwar weist das Modell nahezu Stagnation bei der Prognose des hier untersuchten Index für den Januar aus (-0,02 %), doch liegt der tatsächliche Wert (0,17 %) innerhalb der üblichen Irrtumswahrscheinlichkeit (0,23 Prozentpunkte). Das bedeutet, dass der Prognosefehler mit relativ hoher Wahrscheinlichkeit nicht von null verschieden ist und damit nicht als Evidenz für Teuerungseffekte herangezogen werden darf. Zu berücksichtigen ist, dass mit den hier verwendeten Methoden jeder Spezifikationsfehler in der Gleichung als ein Hinweis auf außergewöhnliche Teuerungseffekte interpretiert wird. Auch sind Verpflegungsdienstleistungen in dem verwendeten Index enthalten, obwohl das Gaststättengewerbe von dem Preisschub bei unverarbeiteten Nahrungsmitteln direkt betroffen war. Beides dürfte tendenziell zu einer Überschätzung der Preiseffekte durch die Einführung des Euro führen.

Alles in allem lässt sich ein „Teuro-Effekt“ statistisch nicht nachweisen. In Einzelbereichen jedoch – insbesondere im Dienstleistungsbereich – gab es zur Jahreswende deutliche Preiserhöhungen, die auch in Zusammenhang mit der Euro-Bargeldeinführung stehen dürften – beispielsweise weil die Unternehmer Preiserhöhungen auf diesen Zeitpunkt konzentrierten, an dem ohnehin eine Neuauszeichnung der Preise erforderlich war. Vereinzelt kann es auch zu dem Versuch einer Ausweitung der Gewinnmargen gekommen sein. In beiden Fällen ist jedoch eine Verringerung der Preissteigerungsraten angelegt: Dort, wo Preisanhebungen auf den Jahresanfang vorgezogen worden waren, wird für einige Zeit Ruhe herrschen, und dort, wo Gewinnmargen übermäßig ausgeweitet worden waren, wird der Wettbewerb für eine Korrektur nach unten sorgen.

¹ Vgl. Statistisches Bundesamt: Presserklärung vom 22. Januar 2002; Deutsche Bundesbank: Monatsbericht März 2002, S. 10.

² So auch Benner et al.: Kräftiger Anstieg der Produktion in Deutschland. In: Die Weltwirtschaft, Nr. 2/2002, S. 9 f.

Zögerliche Erholung bei den Ausrüstungs-investitionen

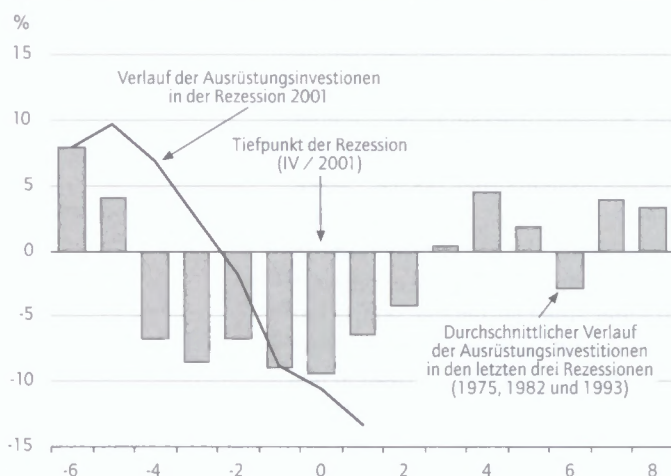
Zu Jahresbeginn gingen die Ausrüstungsinvestitionen weiterhin stark zurück (Abbildung 3.7). Die steigenden Auftragseingänge aus dem Ausland im verarbeitenden Gewerbe konnten den Rückgang der Binnennachfrage nicht kompensieren. Die Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe hat zwar zugenommen, doch ist ihr Niveau noch immer vergleichsweise niedrig. Hinzu kommt, dass die schwache Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen in den USA auch die Investitionsaktivität in Deutschland weiterhin beeinträchtigte.

Die Erholung der Ausrüstungsinvestitionen wird in der zweiten Jahreshälfte an Fahrt gewinnen. Sowohl die Geschäfts- als auch die Exporterwartungen im verarbeitenden Gewerbe haben sich – dem ifo-Konjunkturtest zufolge – in den letzten Monaten merklich gebessert. Auch die günstigen Finanzierungsbedingungen werden sich positiv auswirken. Mit dem Anspringen der Binnenkonjunktur und der weiteren Beschleunigung der Exporte in der zweiten Jahreshälfte sind zusätzliche Impulse zu erwarten. Vor allem der stetig zunehmende Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien begünstigt weiterhin die Entwicklung der Investitionen in sonstige Anlagen. Die hier prognostizierte Erholung folgt dem üblichen Verlauf nach Rezessionen. Im Durchschnitt der vergangenen drei Rezessionen dauerte es drei Quartale nach dem Tiefpunkt der Konjunkturentwicklung, bis die Ausrüstungsinvestitionen wieder zunahmen (Abbildung 3.8).

Abbildung 3.8

Ausrüstungsinvestitionen im Konjunkturverlauf

Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal



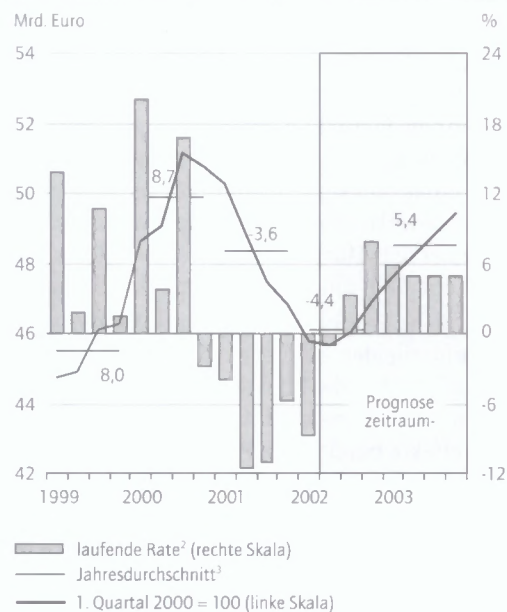
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

Abbildung 3.7

Reale Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen

Saison- und arbeitstäglich bereinigt¹



¹ Nach X-12-ARIMA.

² Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet.

³ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

Wegen des niedrigen Niveaus zu Jahresbeginn werden die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen im Durchschnitt dieses Jahres um 4,4 % geringer sein als im Vorjahr; im Jahre 2003 dürften sie um 5,4 % zunehmen.

Stagnation der Bauinvestitionen

Der Rückgang der Bauinvestitionen setzte sich im ersten Halbjahr 2002 mit unverändert hohem Tempo fort. Die Nachfrageindikatoren lassen jedoch im weiteren Jahresverlauf eine Stabilisierung erwarten.

Im Wohnungsbau tendieren die Baugenehmigungen nicht mehr so stark abwärts. Die Schwäche der Neubaunachfrage wird zudem durch einen leichten Zuwachs bei den stetiger verlaufenden Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen, die im Wohnungsbau ein ebenso hohes Gewicht haben wie die Neubauleistungen, annähernd kompensiert. In der zweiten Hälfte dieses Jahres und vor allem im kommenden Jahr wird die Neubaunachfrage durch die niedrigen Hypothekenzinsen und die sich etwas verbessernde Einkommenssituation bei den privaten Haushalten gestützt. Im kommen-

den Jahr werden die Wohnungsbauinvestitionen aufwärts gerichtet sein (Tabelle 3.3). Der Zuwachs dürfte allerdings nur schwach ausfallen, da wegen der staatlichen Sparzwänge mit Kürzungen bei der Wohnungsbauförderung zu rechnen ist.

Im Wirtschaftsbau haben sich die Investitionen ebenfalls noch nicht belebt. Zwar hat sich in den vergangenen Jahren ein beträchtlicher Überhang an Baugenehmigungen aufgebaut – aber wegen der Unsicherheit über die konjunkturelle Entwicklung sind viele dieser Vorhaben noch nicht begonnen worden. Die Finanzierung ist wegen der niedrigen Kreditzinsen günstig, anscheinend warten aber die Investoren auf bessere Vermietungsaussichten. Ein entscheidender Impuls wird von der allgemeinen konjunkturellen Besserung ausgehen. Aus dieser Sicht wird eine positive Entwicklung der gewerblichen Bauinvestitionen im Jahre 2003 erwartet.

Bei den Bauinvestitionen des Staates hingegen muss mit einem verstärkten Rückgang gerechnet werden. Maßgeblich hierfür sind die schlechte Finanzlage der Gebietskörperschaften und das Ziel der Politik, die Ausgabenzuwächse weiter zu drosseln. Bemerkenswert ist, dass der Auftragseingang bei Hoch- und Tiefbauten öffentlicher Auftraggeber – vor allem in Westdeutschland – dennoch eine Aufwärtstendenz aufweist. Dies kann auf verstärkte Aktivitäten der öffentlichen Ver- und Entsorgungsunternehmen zurückzuführen sein.

Insgesamt dürften die Bauinvestitionen in diesem Jahr um 2,1 % sinken und im nächsten Jahr kaum einen Zuwachs aufweisen; die Abnahme der öffentlichen Bauinvestitionen und der Zuwachs im privaten Sektor halten sich die Waage.

Arbeitsmarkt weiter unter Druck

Die konjunkturelle Abschwächung in Deutschland hat sich mit der üblichen Verzögerung auf die Entwicklung der Erwerbstätigkeit niedergeschlagen. Im ersten Quartal dieses Jahres sank die saisonbereinigte Zahl der erwerbstätigen Personen um 60 000. Während im Dienstleistungsbereich weiter Personal aufgestockt wurde, kam es in den produzierenden Bereichen zu einem deutlichen Abbau. Auch im Handel, Gastgewerbe und Verkehr nahm die Beschäftigung spürbar ab. Bei der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden ist seit Jahresbeginn – stärker noch als bei der Zahl der Erwerbstätigen – eine ausgeprägte Negativtendenz zu beobachten. Im weiteren Verlauf dieses Jahres wird im Gefolge der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung auch die Zahl der Erwerbstätigen steigen. Im Jah-

Tabelle 3.3

Bauinvestitionen¹ in Deutschland

	1999	2000	2001	2002	2003
In Mrd. Euro					
Wohnungsbau	144,9	141,0	131,2	129,2	130,3
Nichtwohnbau ²	103,9	101,5	97,3	94,4	94,4
Staat	31,7	31,1	29,4	27,2	25,9
Übrige Sektoren	72,2	70,4	67,9	67,2	68,5
Insgesamt	248,8	242,6	228,5	223,6	224,7
Veränderung in % gegenüber Vorjahr					
Wohnungsbau	1,6	-2,7	-7,0	-1,5	0,8
Nichtwohnbau ²	1,4	-2,3	-4,2	-2,9	0,0
Staat	5,7	-1,9	-5,5	-7,5	-4,8
Übrige Sektoren	-0,4	-2,5	-3,6	-0,9	1,9
Insgesamt	1,5	-2,5	-5,8	-2,1	0,5

1 In Preisen von 1995; in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95).

2 Hoch- und Tiefbauten für Unternehmen und Staat.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2002 und 2003: Schätzung und Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

resdurchschnitt werden allerdings rund 100 000 Personen weniger erwerbstätig sein als noch 2001 (Tabelle 3.4). Erst im nächsten Jahr dürfte im Jahresdurchschnitt die Erwerbstätigkeit höher sein, um etwa 150 000 Personen (0,4 %). Im späteren Jahresverlauf 2003 wird die Beschäftigungsausweitung nahezu zum Stillstand kommen.

Zu Jahresbeginn 2002 ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland kräftig gestiegen. Mit der allmählichen Umsetzung des „Job-Aktiv-Gesetzes“, das am 1. Januar 2002 in Kraft trat, schwächte sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit stark ab. Offenbar haben mehr ältere Arbeitslose als üblich vorruhestandsähnliche Regelungen in Anspruch genommen; auch die Zahl der Abgänge wegen nicht erneuerter Meldung bzw. fehlender Mitwirkung bei der Stellensuche¹² nahm deutlich zu. Es ist nicht zu erwarten, dass sich diese Effekte in gleichem Tempo fortsetzen. Hierfür spricht, dass die Zahl der Arbeitslosen im Mai wieder stark stieg (60 000 Personen).

Die Arbeitslosigkeit dürfte zunächst auf hohem Niveau verharren und zum Jahresende hin sinken. Im Jahresdurchschnitt ist mit einem Anstieg um 150 000 auf 4,0 Mill. Personen zu rechnen. Erst im Durchschnitt des kommenden Jahres dürfte die Arbeitslosigkeit spürbar, um knapp 100 000 Personen, niedriger sein.

Mit der anziehenden Konjunktur steigt die Zahl der Erwerbstätigen

Abbau der Arbeitslosigkeit erst 2003 zu erwarten

12 Als Teil der Neuregelungen durch das Job-Aktiv-Gesetz.

Tabelle 3.4

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	1999	2000	2001	2002	2003
Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,8	3,0	0,6	0,6	2,0
Westdeutschland	1,8	3,3	0,6	0,6	2,0
Ostdeutschland (ohne Berlin)	2,0	1,0	-0,1	0,5	1,7
Erwerbstätige ² (1 000 Personen)	38 083	38 701	38 766	38 668	38 829
Arbeitslose (1 000 Personen)	4 100	3 889	3 852	4 024	3 933
Arbeitslosenquote ³ (in %)	9,7	9,1	9,0	9,4	9,2
Erwerbslose ⁴ (1 000 Personen)	3 416	3 133	3 112	3 253	3 162
Erwerbslosenquote ⁵ (in %)	8,2	7,5	7,4	7,8	7,5
Verbraucherpreise ⁶ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,6	1,9	2,5	1,4	1,2
Lohnstückkosten ⁷ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,6	-0,2	1,2	1,9	1,2
Finanzierungssaldo des Staates ⁸					
in Mrd. Euro	-30,6	23,9	-56,3	-52,7	-32,0
in % des Bruttoinlandsprodukts	-1,6	1,2	-2,7	-2,5	-1,5

¹ In Preisen von 1995.² Im Inland (Jahresdurchschnitt aus den Quartalsdaten).³ Arbeitslose bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen.⁴ Entsprechend der Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).⁵ Erwerbslose bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen.⁶ Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.⁷ Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen).⁸ In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG95); Finanzierungssaldo 2000 einschließlich Sondereinnahmen aus der Vergabe von Mobilfunklizenzen (52,3 Mrd. Euro).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank und Berechnungen des DIW Berlin; 2002 und 2003: Schätzung und Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

Ostdeutschland: Weiterhin gesplante Entwicklung

Auch in diesem Jahr entwickelt sich die Wirtschaftsleistung in den neuen Bundesländern nur schwach. Mit Blick auf die Sektoren zeigt sich weiterhin eine gesplante Konjunktur. Bei der Bauproduktion hält die Talfahrt an, allerdings hat das Tempo erheblich nachgelassen. Nach wie vor wirken sich der große Leerstand und die angespannte Haushaltslage, insbesondere die der ostdeutschen Gemeinden, dämpfend auf die Bautätigkeit aus. Die Investitionen des Bundes und die Effekte, die sich aus dem Programm „Stadtumbau Ost“ ergeben, werden nicht ausreichen, um die Bauproduktion auf den Wachstumspfad zurückzubringen. Das wird den Anpassungsdruck, der auf den Betrieben lastet, erhöhen und eine weitere Abschnelzung der Kapazitäten nach sich ziehen.

Beim verarbeitenden Gewerbe sind dagegen die Produktion und insbesondere die Auftragseingänge wieder deutlich nach oben gerichtet. Vor allem die Bestellungen aus dem Ausland haben zuletzt kräftig angezogen. Wegen der geringeren Abhängigkeit vom Weltmarkt war die ostdeutsche Industrie von der weltwirtschaftlichen Abschwächung weniger betroffen als die Industrie in den alten Bundesländern (Abbildungen 3.9 und 3.10). Die gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit der ostdeut-

schen Industrie lässt darauf hoffen, dass mit der weiteren Verbesserung des konjunkturellen Umfelds die Industrieproduktion zwischen Ostsee und Erzgebirge noch mehr Fahrt aufnimmt. Freilich ist das Gewicht der Industrie noch immer gering.

Schwer einzuschätzen ist die Entwicklung in großen Teilen des tertiären Sektors in Ostdeutschland. Eine Reihe von Branchen hängt von der Entwicklung des privaten Konsums ab. Auf der einen Seite dürften von den anziehenden Löhnen und Ruhestandsbezügen stimulierende Impulse ausgehen. Auf der anderen Seite belasten die schwierige Lage auf dem Arbeitsmarkt und der anhaltende Rückgang der Bevölkerung die Entwicklung. Die produktionsnahen Dienstleistungszweige – mit Ausnahme jener, die von der Entwicklung der Bauwirtschaft abhängen – werden im Zuge des allgemeinen Aufschwungs wieder stärker expandieren. Beim öffentlichen Sektor wird sich der Personalabbau fortsetzen.

In diesem Jahr wird die gesamte Wirtschaftsleistung Ostdeutschlands nur wenig höher ausfallen als 2001 (½ %). Für das kommende Jahr ist mit einem Zuwachs um 1¼ % zu rechnen. Die Wachstumsrate wird damit erneut niedriger sein als in Westdeutschland. Je Einwohner gerechnet ist das Wachstum in Ostdeutschland indes etwas höher, da die Bevölkerung im Gegensatz zum Westen ab-

Baugewerbe weiter auf Talfahrt

Belebung im verarbeitenden Gewerbe

Abbildung 3.9

Zur konjunkturellen Entwicklung in Westdeutschland

Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe insgesamt und bei Investitionsgüterproduzenten aus dem Inland

1995 = 100



Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe aus dem Inland und Ausland

1995 = 100



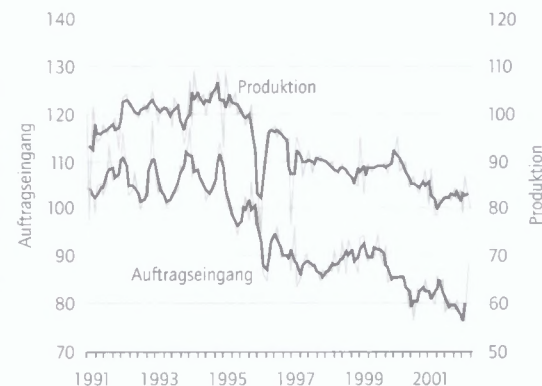
Produktionsindex für das verarbeitende Gewerbe und die Investitionsgüterproduzenten

1995 = 100



Auftragseingang und Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe

1995 = 100



Volumenindizes, saison- und arbeitstäglich bereinigt mit X12-ARIMA, gleitender 3-Monatsdurchschnitt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

nimmt. Dies kann aber nur ein schwacher Trost sein, denn zum Teil ist der Bevölkerungsrückgang in Ostdeutschland auf Abwanderungen zurückzuführen, die wiederum Ausdruck der wirtschaftlichen Schwäche sind. Und die Abwanderungen werden sich wohl noch als eine schwere Hypothek erweisen, weil es gerade junge Menschen sind, die es in den Westen zieht.

Öffentliche Haushalte unter Konsolidierungsdruck

Die öffentlichen Haushalte stehen infolge der Steuerentlastungen im Vorjahr sowie der gegenüber der EU-Kommission eingegangenen Verpflichtung, das Staatsdefizit bis 2004 nahezu aus-

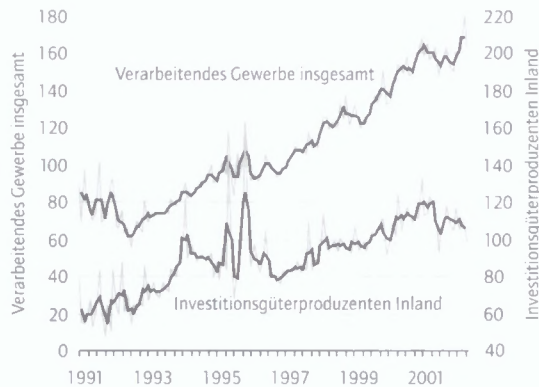
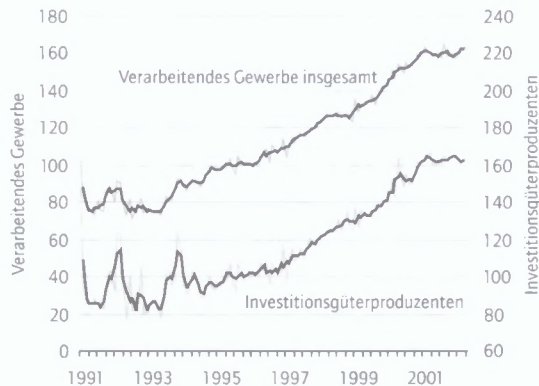
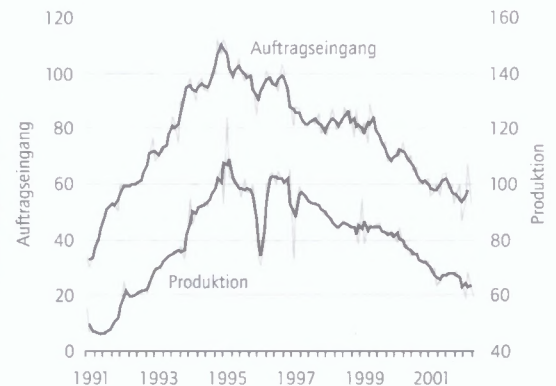
zugleichen, unter enormem Konsolidierungsdruck. Allerdings dürfte in diesem Jahr das Staatsdefizit mit 53 Mrd. Euro nur wenig niedriger ausfallen als im Vorjahr; bezogen auf das nominale Bruttoinlandsprodukt beträgt es 2,5 %.

Die Einnahmen des Staates werden in diesem Jahr um 3,2 % expandieren. Dabei dürften die Steuereinnahmen – nach dem kräftigen Rückgang im Jahre 2001 – um 3,6 % zulegen. Zum einen wurden die Ökosteuer sowie die Tabak- und Versicherungsteuer angehoben, und zum anderen kommt die Progression des Einkommensteuertarifs wieder voll zum Tragen. Zu Buche schlagen auch Mehreinnahmen aufgrund von Steuerrechtsänderungen in diesem Jahr (Fortentwicklung des Unternehmenssteuerrechts). Die verschärfte Bekämpfung

Staatsdefizit 2002 kaum geringer

Einnahmen des Staates expandieren wieder

Abbildung 3.10

Zur konjunkturellen Entwicklung in Ostdeutschland**Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe insgesamt und bei Investitionsgüterproduzenten aus dem Inland**
1995 = 100**Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe aus dem Inland und Ausland**
1995 = 100**Produktionsindex für das verarbeitende Gewerbe und die Investitionsgüterproduzenten**
1995 = 100**Auftragseingang und Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe**
1995 = 100

Volumenindizes; saison- und arbeitstäglich bereinigt mit X12-ARIMA, gleitender 3-Monatsdurchschnitt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

des Umsatzsteuerbetrags soll zudem zu deutlichen Mehreinnahmen bei den Steuern vom Umsatz führen (2,3 Mrd. Euro). Die Sozialbeiträge werden um 2,6 % steigen, vor allem weil der Beitragssatz für die Krankenkassen um 0,5 Prozentpunkte angehoben wurde. Gedämpft wird der Zuwachs durch die rückläufige Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Bei den Staatsausgaben wird für 2002 ein Plus von 2,6 % erwartet, wobei die Ausgaben der Sozialversicherung wohl etwas stärker als die der Gebietskörperschaften steigen dürften. Dies liegt vor allem daran, dass die öffentlichen Investitionsausgaben neuerlich stark gedrosselt werden (–6 %). Damit reagieren die Gemeinden auf den Einbruch beim Gewerbesteueraufkommen. Die Personalaus-

gaben werden sich voraussichtlich nur um gut 1 % erhöhen; trotz mäßiger Tarifierhebungen wird im öffentlichen Dienst weiter Personal abgebaut. Überdurchschnittlich expandieren die monetären Sozialleistungen: Eine Rolle spielt das aufgestockte Kindergeld, wodurch Mehrausgaben von 3 Mrd. Euro entstehen, eine andere die höheren Rentenzahlungen, auch weil die Zahl der Rentner steigt. Wegen der hohen Arbeitslosigkeit nehmen die arbeitsmarktbezogenen Ausgaben zu. Hingegen ist bei den Subventionen, insbesondere bei den Hilfen für die Steinkohle, ein merklicher Rückgang zu erwarten.

Im kommenden Jahr ist – auf ohnehin flachem Ausgabenpfad – mit einer weiteren Abschwächung des Ausgabenanstiegs zu rechnen; in der vorliegenden

Prognose ergibt sich ein Zuwachs von 1,4 %. Diese Entwicklung liegt noch über dem Durchschnittswert, auf den sich der Bund (einschließlich Sozialversicherungen) auf der einen sowie die Länder (einschließlich Gemeinden) auf der anderen Seite im Finanzplanungsrat geeinigt haben. Für die Tarife der Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst wird ein ähnlicher Zuwachs wie in diesem Jahr unterstellt; für die Beamten ist ein geringerer Anstieg als für die Angestellten angenommen worden. Der Stellenabbau im öffentlichen Dienst wird fortgesetzt. Insgesamt dürften die Personalausgaben unter diesen Rahmenbedingungen um weniger als 1 % steigen. Die Investitionsausgaben werden abermals verringert, während der Anstieg bei den Sozialleistungen gebremst wird; hier sind Leistungskürzungen zu erwarten.

Die Staatseinnahmen dürften 2003 beschleunigt zunehmen (3,6 %), vor allem weil das Steuerauf-

kommen um 4,3 % höher ausfallen wird. Mit der konjunkturellen Erholung werden insbesondere die Einkommen- und Gewinnsteuern wieder kräftiger sprudeln. Aus der nochmaligen Anhebung der Mineralölsteuer, der Stromsteuer und der Tabaksteuer sind zwar Mehreinnahmen zu erwarten; sie werden indes durch Mindereinnahmen, die aus der Steuerentlastung im Rahmen der zweiten Stufe der „Steuerreform 2000“ resultieren, überkompensiert. Die Einnahmen aus Sozialbeiträgen werden um knapp 3 % zunehmen. Dabei ist eine Erhöhung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung um 0,2 Prozentpunkte auf 19,3 % unterstellt.

Alles in allem kann für 2003 mit einem erheblichen Rückgang der öffentlichen Defizite von 53 Mrd. Euro auf 32 Mrd. Euro gerechnet werden. Die Defizitquote dürfte – folgt man den Annahmen der Prognose – auf 1,5 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts sinken.

Defizitquote sinkt deutlich

Wirtschaftspolitik mit eingeschränktem Handlungsspielraum

Die Wirtschaftspolitik im Euroraum steht derzeit vor der Aufgabe, den sich erst abzeichnenden Aufschwung zu stützen und zur vollen Entfaltung kommen zu lassen. Ein nachhaltiger Aufschwung in einem einzelnen Land kann wegen der engen Verflechtung der Märkte nur dann entstehen, wenn es zu einem Aufschwung im Euroraum insgesamt kommt. Nationale Sonderkonjunkturen haben über kurz oder lang keinen Bestand. Die Wirtschaftspolitik muss daher zunehmend im Kontext des Euroraums betrachtet werden. Spätestens mit dem Beginn der Währungsunion ist die Geldpolitik ohnehin „europäisiert“. Aber auch die Finanzpolitik unterliegt infolge des Vertrages von Maastricht und vor allem wegen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes europäischen Regelungen und Beschränkungen. Selbst die Lohnpolitik kann vor dem Hintergrund des europäischen Binnenmarktes nicht mehr allein nach nationalen Gegebenheiten gestaltet werden, sondern muss die Wettbewerbsverhältnisse im Binnenmarkt und die für die europäische Ebene definierte Preisstabilität im Auge behalten.

Für die Geld- und Lohnpolitik sind die nationalen Beschränkungen unmittelbare Folge der von allen gewünschten monetären und realwirtschaftlichen Integration. Für die Finanzpolitik sind sie Resultat von Bemühungen, die externen Effekte unsolider Fiskalpolitik zu vermeiden. Sollten in einem Land des Euroraums – so die Überlegung – die Fehlbeträge im Staatshaushalt über Gebühr ausgeweitet werden, werden alle Mitgliedsländer von einer möglichen negativen Reaktion der Kapitalmärkte getroffen, was schließlich europaweit und nicht nur in dem einzelnen Mitgliedsland zu höheren Zinsen führen würde.¹³ Unabhängig davon, ob diese Überlegungen letztlich stichhaltig sind, bleiben die fiskalpolitischen Regeln eine gültige Vereinbarung zwischen den Regierungen der Länder des Euroraums. Die von den Regierungen selbst gewählten Kriterien müssen daher eingehalten werden, soll die Glaubwürdigkeit dieser Politik gewahrt bleiben. Das bedeutet insbesondere, dass Zusagen im Hinblick auf die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte als verbindlich angesehen werden müssen. Dann kann aber von der Fiskalpolitik im Euroraum in den kommenden Jahren kein Beitrag zur Entfaltung und Festigung des Aufschwungs erwartet werden, weil insbesondere die größeren Länder trotz ihrer Bemühungen erhebliche Schwierigkeiten haben, ihre Konsolidierungsziele zu erreichen.

Die Lohnpolitik kann über eine mittelfristige Orientierung an der Produktivitätsentwicklung und an dem mit Preisstabilität zu vereinbarenden Anstieg des HVPI einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Einkommen leisten. Dies ist im Euroraum insgesamt in den vergangenen fünf Jahren auch geschehen und hat zu einer – alles in allem – robusten Binnennachfrage beigetragen, die unter anderem verhinderte, dass der Euroraum im Jahre 2001 in eine Rezession glitt. Jedoch ist die Lohnpolitik kein Instrument zur Initiierung eines Aufschwungs. Dafür muss es nicht nur einen stabilisierenden, sondern auch einen expansiven Impuls geben – also ist die Geldpolitik gefordert.

Die EZB schätzt das Potential, bei dem ein spannungsfreies Wachstum im Euroraum möglich ist, auf 2¼ bis 2½ %. Dieser Wert ist niedrig angesetzt; trotzdem wird er nach der hier vorgelegten Wachstumsprognose lediglich im Durchschnitt des kommenden Jahres, nicht aber in seinem Verlauf erreicht. Doch die EZB hat schon signalisiert, dass sie über eine baldige Straffung ihres Kurses nachdenkt. Sie hat dieses Signal gesendet, ohne dass der Aufschwung im Euroraum schon begonnen hat und ein Schließen der Produktionslücke in Aussicht steht. Eine geldpolitische Straffung zum gegenwärtigen Zeitpunkt wäre fatal, würde der Aufschwung doch viel zu rasch gebremst. Ohnehin werden die monetären Rahmenbedingungen restriktiver, da eine merkliche Aufwertung des Euro eingesetzt hat. Im Euroraum wird daher unter den gegenwärtigen Umständen die Wirtschaftspolitik nichts oder nur wenig zur Festigung des Aufschwungs beitragen.

Nennenswerte Impulse auf die westeuropäische Konjunktur können lediglich von einem kräftigen weltwirtschaftlichen Aufschwung ausgehen, der stark und nachhaltig genug ist, um die dämpfenden Effekte der bisherigen und der noch zu erwartenden – möglicherweise beträchtlichen – Aufwertung des Euro auf die westeuropäische Wirtschaft zu überspielen. Voraussetzung dafür, dass solch ein nachhaltiger Aufschwung entsteht, ist, dass sich die amerikanische Wirtschaftspolitik anders verhält als die des Euroraums und die Stabilisierung des Aufschwungs zu ihrer Sache macht. Der Euroraum bleibt damit Trittbrettfahrer der amerikanischen Konjunktur. Dies impliziert eine weitere Zunahme

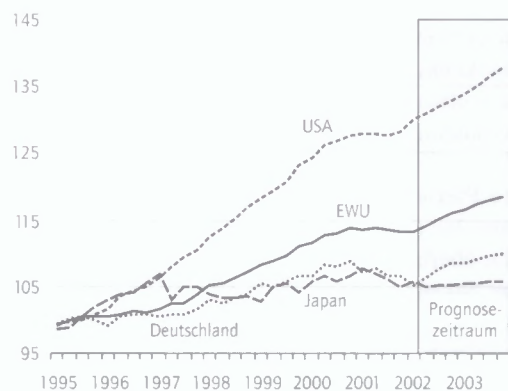
¹³ Vgl. S. Mundschenk und J. von Hagen: The Functioning of Economic Policy Coordination in Europe. In: A. Sapir und N. Buti (Hrsg.): EMU and Economic Policy in Europe: The Challenge of the Early Years. London 2001.

Abbildung 4.1

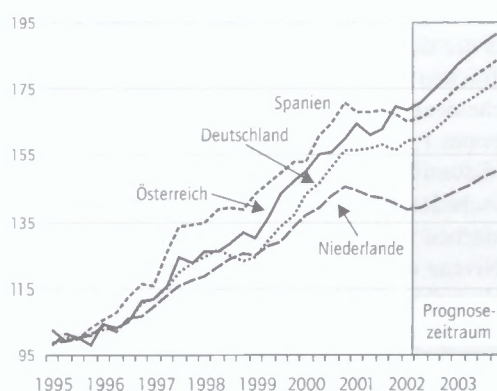
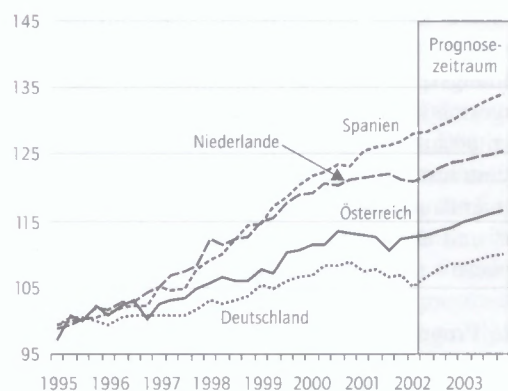
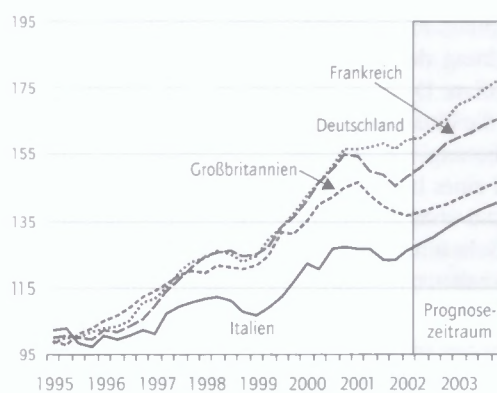
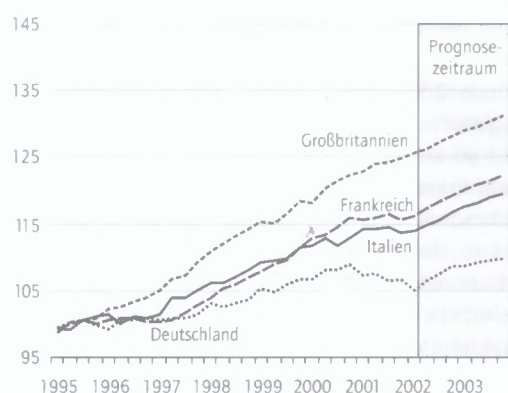
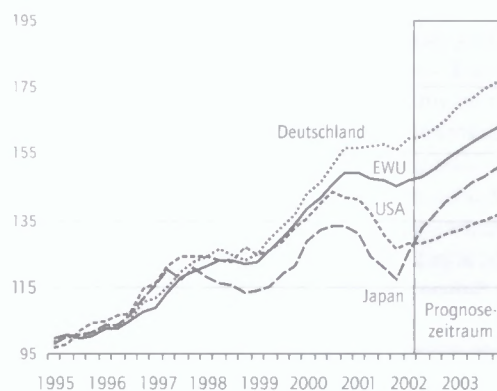
Inlandsnachfrage und Exporte im internationalen Vergleich

Inlandsnachfrage¹

1995 = 100

Exporte¹

1995 = 100

¹ Saisonbereinigt, in konstanten Preisen.

Quellen: OECD; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

des bereits überhöhten Leistungsbilanzdefizits der USA und das Risiko, dass die ohnehin beachtliche Tendenz zur Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar noch verstärkt wird. In einem solchen Umfeld steht der weltweite Aufschwung auf tönernen Füßen. Sicherlich gäbe es bei einer rapiden Abwertung des US-Dollar auch entgegengerichtete Tendenzen. Ein Rückfluss von Kapital aus den USA in den Euroraum würde dem in dieser Prognose un-

terstellten Anstieg der Eurozinsen entgegenwirken, und eine konjunkturdämpfende Aufwertung des Euro sollte die EZB zu einer Lockerung der Geldpolitik bewegen. Doch angesichts der erheblichen Wirkungsverzögerungen monetärer Impulse wäre es selbst bei einem Rückgang der Eurozinsen höchst fraglich, ob der unmittelbare Nachfrageeffekt eines Einbruchs der Exporte in den Dollarraum rechtzeitig kompensiert werden könnte.

Für Deutschland sind die mit dieser wirtschaftspolitischen Konstellation verbundenen Probleme besonders gravierend. Zugleich trägt es immer noch schwer an der Hypothek der deutschen Vereinigung. Auch sind die Konsolidierungszusagen Deutschlands an die EU-Kommission besonders ehrgeizig und erfordern eine stark restriktiv ausgerichtete Finanzpolitik. Die Lohnpolitik in Deutschland war im Unterschied zu den übrigen Ländern des Euroraums bis zuletzt sogar äußerst zurückhaltend. All dies zusammen hat die Binnennachfrage spürbar belastet, die sich – wie oben gezeigt – von der Entwicklung der anderen Länder des Euroraums abgekoppelt hat; vor allem der Konsum hat nicht Schritt gehalten (Abbildung 4.1).

Notwendig wäre, dass die Wirtschaftspolitik auch im Euroraum – wie dies in den USA geschieht – ihre Verantwortung für die Festigung des Aufschwungs akzeptiert. Für die Geldpolitik würde dies eine Beibehaltung des gegenwärtigen expansiven Kurses erfordern. Dann ist im Übrigen auch zu erwarten, dass die Finanzpolitik im Euroraum mit ihren Konsolidierungsbemühungen, getragen vom Rückenwind eines lang anhaltenden Aufschwungs, Erfolg hat und ohne schwerwiegende gesamtwirtschaftliche Belastungen die Fehlbeträge in den öffentlichen Haushalten nachhaltig zurückführen kann.

Geldpolitik muss expansiv bleiben

Im Mai vergangenen Jahres senkte die EZB angesichts der sich abzeichnenden ausgeprägten wirtschaftlichen Schwäche die Zinsen und führte den entscheidenden Leitzins bis November 2001 um insgesamt 1,5 Prozentpunkte auf 3,25 % herunter. Auf diesem Niveau verharrt er seither. Die geldpolitische Reaktion war im Vergleich zur US-amerikanischen zögerlich und verhalten. Auch ist das Niveau der kurzfristigen Zinsen deutlich höher als während der Schwächephase 1998/1999, obwohl damals die Binnennachfrage wesentlich kräftiger war und sich früher als heute eine wirtschaftliche Erholung abzeichnete. Dennoch lassen einige Äußerungen aus der EZB vermuten, dass sie bereits jetzt Zinserhöhungen erwägt.¹⁴ Angesichts der schwachen Binnenwirtschaft im Euroraum und der sich nur langsam schließenden Produktionslücke wäre eine Abkehr von einer expansiven Geldpolitik aber verfrüht, da es für eine Gefährdung der Preisstabilität keine Anzeichen gibt. Zwar waren die Lohnforderungen der deutschen Gewerkschaften in den aktuellen Tarifeinsetzungen nicht geeignet, das Vertrauen der EZB in eine stabilitätsgerechte Lohnpolitik zu stärken; die erzielten Abschlüsse stehen aber in Einklang mit Preisniveaustabilität. Dies gilt im Großen und Ganzen für den gesamten Euroraum. Auch aus der

Geldmengen- und der Kreditentwicklung lassen sich bisher keine Risiken für die Preisstabilität ableiten. Durch die Aufwertung des Euro werden die monetären Rahmenbedingungen zudem ungünstiger, da sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Produzenten im Euroraum verschlechtert. Die Preiserhöhungsspielräume der Unternehmen bleiben dadurch begrenzt, während zugleich die durch die Aufwertung gedämpften Importpreise für eine Beruhigung des Preisklimas sorgen.

Die Preisentwicklung im Euroraum war seit Beginn der dritten Stufe der EWU durch mehrere sich überlagernde Preisschübe bei einzelnen Gütern gekennzeichnet, die auf den ersten Blick den Eindruck einer relativ hohen Inflationsdynamik vermitteln. Im Durchschnitt lag die monatliche Preissteigerungsrate seit Anfang 2000 bei 2,4 %. Nach dem Ölpreisschock, den Folgen der Tierseuchen und der merklichen Abwertung des Euro in den vergangenen Jahren führten um die Jahreswende 2001/2002 widrige Witterungsbedingungen zu einer deutlichen Verteuerung von Gemüse und so zu einem Preisschub bei unverarbeiteten Nahrungsmitteln insgesamt. Steuererhöhungen – insbesondere in Deutschland – waren ein weiterer Faktor, der einen Preisniveauschub auslöste. Der Inflationstrend wird im Wesentlichen durch die Lohnentwicklung relativ zur Produktivitätsentwicklung einerseits und die Preiserhöhungsspielräume der Unternehmen andererseits geprägt. Erstere ist weiterhin moderat, und es lässt sich insbesondere keine nennenswerte Überwälzung der Preisschübe auf die Löhne erkennen. Die Preiserhöhungsspielräume der Unternehmen sind auch angesichts der noch unterdurchschnittlichen Kapazitätsauslastung gering und dürften im Prognosezeitraum – bei der nur schwachen Aufschwungsdynamik und einem im Zuge der Integration Europas und der Globalisierung intensivierten Wettbewerb – nur mäßig steigen.

Die Prognose eines nur verhaltenen wirtschaftlichen Aufschwungs steht nicht in Widerspruch zu den gegenwärtig hohen Zuwachsraten der Geldmenge M3. Die Entwicklung seit Herbst 2001 dürfte deutliche Portfolioumschichtungen widerspiegeln. So war die Geldmenge M3 im Spätsommer infolge der – nach den Anschlägen vom 11. September nochmals sprunghaft gestiegenen – Unsicherheit an den Kapitalmärkten emporgeschnellt. Im August, September und Oktober wuchs sie mit einer Jahresrate von durchschnittlich 10,9 %, danach aber deutlich weniger. Im April und Mai dieses Jahres wurde die Abschwächung vorerst unterbrochen. Aus dieser Entwicklung kann nicht

Geldpolitik darf expansiven Kurs nicht verlassen

Preisstabilität nicht gefährdet

¹⁴ So fehlte in den Ausführungen Duisenbergs vom 6. Juni 2002 die übliche Einschätzung, dass das derzeitige Niveau der Zinsen angemessen sei.

auf eine übermäßige Liquidität im Euroraum geschlossen werden. Berechnet man die so genannte Geldlücke auf der Grundlage des von den Instituten als stabilitätsgerecht angesehenen nominalen Referenzwerts für das Geldmengenwachstum in Höhe von 5 %¹⁵, so ergibt sich derzeit ein „Überhang“ von nur 0,7 %. Beginnt man mit dem Referenzpfad zudem nicht im Dezember 1998, sondern im Januar 1999 – um so den auf Sonderfaktoren zurückzuführenden sprunghaften Anstieg im Januar auszuschalten –, so ergibt sich sogar eine kleine reale Geldlücke in Höhe von 0,65 %. Hieraus ist nicht zwangsläufig der Schluss zu ziehen, dass im Euroraum eine Liquiditätsknappheit herrscht,¹⁶ aber ein „alarmierend“ hohes Geldmengenwachstum lässt sich genauso wenig ableiten.¹⁷

Die schwache Kreditentwicklung spricht ebenfalls gegen die Vermutung, dass sich in der aktuellen Geldmengenentwicklung eine Gefährdung der Preisstabilität anbahnt. Seit Anfang des Jahres expandieren die Buchkredite an Private im Euroraum nur mit einer Rate von rund 5½ % gegenüber dem Vorjahresmonat. Besonders ausgeprägt ist die Abschwächung der Kreditvergabe in Deutschland. Hier waren die Kredite an Unternehmen und Privatpersonen im ersten Quartal – wie bereits in den drei Quartalen zuvor – rückläufig, und erst seit April ist ein geringfügiger Anstieg zu verzeichnen. Insbesondere auch die Kredite an das verarbeitende Gewerbe fielen hier gering aus.

Für die Entfaltung des Aufschwungs und den Abbau der noch hohen Arbeitslosigkeit ist es angesichts einer noch verhaltenen binnenwirtschaftlichen Dynamik erforderlich, dass die EZB die geldpolitischen Zügel nicht frühzeitig strafft. Dies gilt umso mehr, als sich die monetären Rahmenbedingungen insgesamt durch die Aufwertung des Euro merklich verschlechterten. Einseitige, nach oben gerichtete Risiken für die Preisstabilität sind derzeit nicht zu erkennen. Die EZB prognostiziert einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 1,2 % in diesem und von 2,6 % im kommenden Jahr. Auch dies impliziert, dass die Produktionslücke im Euroraum Ende kommenden Jahres nicht geschlossen sein wird. Mit Raten von 2,3 % in diesem und 1,9 % im nächsten Jahr erwartet die EZB eine Inflationsentwicklung, die mit Preisstabilität zu vereinbaren ist.¹⁸ Dabei unterstellt die EZB bei ihren Projektionen mit einer Rate von 2¼ % ein nur geringes Potentialwachstum im Euroraum. Im Zuge eines kräftigen Aufschwungs würden aber endogene Mechanismen in Gang gesetzt, die den Anstieg des Potentialwachstums deutlich nach oben verschieben können, insbesondere durch die Integration von Arbeitsuchenden in den Produktionsprozess und durch die beschleunigte Umsetzung technologischer Neuerungen.

Lohnpolitik bleibt stabilitätsgerecht

Auch nach den jüngsten Lohnabschlüssen in der Metall- und Chemiebranche sowie im Baugewerbe sind die Lohnzuwächse in Deutschland angemessen. So bedeutet der Abschluss in der Metallindustrie, dass die Löhne dort effektiv in diesem Jahr um 3,4 % und im kommenden um 3,1 % steigen werden. Für die Bauindustrie lauten die entsprechenden Werte 3,2 % bzw. 2,4 %. Unter Berücksichtigung aller in diesem Jahr schon getätigten Vereinbarungen und des zu erwartenden Ausgangs der noch anstehenden Tarifverhandlungen ist mit einem gesamtwirtschaftlichen Anstieg der Effektivlöhne von gut 2½ % in diesem wie im kommenden Jahr zu rechnen. Dabei ist unterstellt, dass bei den noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen Lohnzuwächse vereinbart werden, die den in der Vergangenheit üblichen Abstand zu den Metallabschlüssen aufweisen. Mit Lohnabschlüssen in dieser Höhe bleibt die zu erwartende Lohnentwicklung in Deutschland auch nicht mehr hinter der in Frankreich zurück. Dort dürften die Löhne um etwa 3 % in diesem und um 2,5 % im kommenden Jahr steigen.¹⁹

Das entscheidende Kriterium, nach dem diese Abschlüsse beurteilt werden sollten, ist angesichts der immer noch hohen Arbeitslosigkeit ihre Auswirkung auf die Beschäftigung. Das Urteil fällt, wie die Debatte im jüngsten Gutachten des Sachverständigenrates zeigt,²⁰ je nach theoretischem Ansatz unterschiedlich aus. Aus neoklassischer Sicht müssen die Reallöhne eigentlich sinken, solange Arbeitslosigkeit herrscht. Erreicht werden soll dies über Lohnzurückhaltung bei den Nominallöhnen.

Ein inhärentes Problem einer solchen Empfehlung ist allerdings, dass bei Tarifverhandlungen, selbst wenn Inflationserwartungen eine Rolle spielen,

Deutschland schließt bei der Lohnentwicklung zu Frankreich auf

¹⁵ Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2000. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 43/2002.

¹⁶ Berechnungen der realen Geldlücke sind problematisch, weil erstens der Startzeitpunkt für den Referenzpfad arbiträr sein muss, da ein gleichgewichtiger Ausgangspunkt schwerlich zu identifizieren wäre. Zweitens könnte die Verwendung des HVPI bei der Berechnung der realen Geldlücke in einer Situation problematisch sein, in der Preisniveauschübe, insbesondere bei den Importpreisen, die Inflationsentwicklung nach oben verzerrt haben, da M3 ein breites Geldmengenaggregat ist, das über die reine Transaktionskassenhaltung hinausgeht. Drittens ist das Ausmaß der Portfolioumschichtungen bei dieser Berechnung nicht berücksichtigt, was in der derzeitigen Situation allerdings zu einer Unterzeichnung der Geldlücke führt.

¹⁷ Als „alarmierend“ bezeichnete M. J. M. Neumann jüngst den derzeitigen Anstieg der Geldmenge. Die Tatsache, dass er in der Reaktionsfunktion der Zentralbank nur eine schwache Reaktion auf die Inflation findet, dürfte primär auf die zuvor skizzierte ungewöhnliche Häufung adverser Preisniveauschübe zurückzuführen sein. Vgl. EMU Monitor Outlook, Bonn, Juni 2002.

¹⁸ Mittelwert der angegebenen Spanne; vgl. Europäische Zentralbank: Monatsbericht, Juni 2002, S. 59 ff.

¹⁹ Vgl. AICE-Questionnaire, April 2002; INSEE: The Clouds Shift, März 2002.

²⁰ Vgl. Sachverständigenrat (SVR) zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Für Stetigkeit – gegen Aktionismus. Stuttgart 2002.

über Nominallöhne verhandelt wird. Wie das Ergebnis für die Reallohne aussieht, bestimmt letztlich erst die Reaktion der Märkte auf die Lohnabschlüsse.²¹ Damit entsteht für diese Strategie ein Konsistenzproblem. Bei niedrigeren Nominallohnzuwächsen wird nämlich auch die Inflation geringer ausfallen. Dann aber wird die Reallohnentwicklung überhaupt nicht oder nur geringfügig gedämpft, und für die erhoffte Substitution von Realkapital zugunsten des Faktors Arbeit gibt es keine Basis. Bleibt die Inflationsrate trotz sinkender Nominallohnzuwächse nahezu unverändert, tritt zwar die gewünschte Dämpfung der Reallohnentwicklung ein, zugleich wird aber die gesamtwirtschaftliche Nachfrage durch die gedrückte Entwicklung der Realeinkommen negativ beeinflusst. Dann verschlechtern sich auch die Gewinnaussichten für die Unternehmen, und es kommt gleichfalls nicht zu einer Beschäftigungsausweitung. Reale Lohnzurückhaltung und eine sich unverändert entwickelnde reale Nachfrage sind im neoklassischen Modellrahmen nicht miteinander kompatibel.²²

Immer wieder wird argumentiert, dass die Nachfragestabilisierung bei gedämpfter Reallohnentwicklung auf anderem Wege, als in diesem engen Modellrahmen aufgezeigt, zustande kommt. Ein häufig gebrauchtes Argument ist, dass reale Lohnzurückhaltung mit einer Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit einhergeht und die Nachfrage durch vermehrte Exporte, also durch das Ausland, stabilisiert wird.²³ Zweifelsohne verbessert Lohnzurückhaltung die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Zweifel sind jedoch angebracht bei der Frage, ob dies eine nachhaltige Strategie zur Überwindung der Arbeitslosigkeit ist. Vielmehr ist zu erwarten, dass andere Länder, wenn sie den Verlust der eigenen Wettbewerbsfähigkeit zu spüren bekommen, zur gleichen Strategie Zuflucht nehmen. Dann aber ist der Wettbewerbsvorteil nur von kurzer Dauer, zu kurz jedenfalls, um die Arbeitslosigkeit zu überwinden. Allenfalls kleine Länder, deren Wettbewerbsvorteile allgemein nicht recht spürbar sind, können eine solche Strategie auf längere Sicht verfolgen.²⁴

Vielfach wird auch argumentiert, dass eine gedämpfte Reallohnentwicklung *uno actu* zu Einstellungen führe und daher über eine erhöhte Beschäftigung die Nachfrage trotz niedrigerer Reallohne nicht beeinträchtigt werde.²⁵ Dies ist aber mikroökonomisch nicht rational. Denn eine Einstellung würde sich für ein einzelnes Unternehmen nur dann lohnen, wenn sich alle Unternehmen in gleicher Weise verhielten. Nur dann bliebe nämlich auch die Nachfrage nach den Produkten dieses Unternehmens unverändert. Rational aus Sicht des einzelnen Unternehmens wäre es aber abzuwarten, ob andere Unternehmen diese Einstellungen tat-

sächlich vornehmen und erst dann selbst zu handeln. Nur wenn ein Unternehmen gleichsam gesamtwirtschaftliche Verantwortung übernehme, erscheint es logisch, dass es mit Einstellungen vorgeht. Mit anderen Worten: Die Beschäftigungsausweitung ist im Rahmen dieser Argumentation ein öffentliches Gut, dessen private Herstellung inkonsistenterweise unterstellt wird.

Trotz all dieser Bedenken ist genau diese neoklassische Strategie in den vergangenen Jahren in Deutschland praktiziert worden. Seit 1995 blieben in Deutschland die nominalen Lohnzuwächse zu meist – und zum Teil deutlich – hinter der Summe aus zulässiger Inflationsrate und trendmäßigen Produktionszuwächsen zurück; seit dieser Zeit herrscht also Lohnzurückhaltung (Abbildung 4.2). Dies hat dazu geführt, dass die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf den Weltmärkten hoch ist, denn die Exporte stiegen – wie oben gezeigt – so stark wie bei keinem der anderen großen Industrieländer. Dies ist nicht verwunderlich angesichts der im internationalen Vergleich sehr niedrigen Lohnstückkostenzuwächse. Gleichzeitig ist aber die Konsumnachfrage relativ schwach – ein deutlicher Hinweis auf einen binnenwirtschaftlichen Nachfragemangel. Hohe Konkurrenzfähigkeit in Kombination mit heimischer Nachfrageschwäche sind die Symptome der ökonomischen Schwäche in Deutschland. Dies spricht dafür, dass Produktion und Beschäftigung in einem erheblichen Maß durch die Nachfragebedingungen bestimmt werden. Wie aber lauten dann die lohnpolitischen Empfehlungen?

Entscheidend ist, dass die Wirkung höherer Löhne auf die Beschäftigung gesamtwirtschaftlich ambivalent ist. Auf der einen Seite sind höhere Löhne, wie oben dargestellt, höhere Kosten, die für sich genommen die Rentabilität der Produktion vermindern. Auf der anderen Seite erzeugen sie gesamtwirtschaftliche Nachfrage und damit Absatzmöglichkeiten, die – wiederum für sich genom-

Lohnzurückhaltung kein Garant für die Überwindung der Arbeitslosigkeit

²¹ In früheren Gutachten des Sachverständigenrates wurde diesem Argument zu wenig Rechnung getragen. Das führte dazu, dass auch dann, wenn die Tarifparteien den Empfehlungen des Sachverständigenrates gefolgt waren und entsprechend niedrige Nominallohnabschlüsse getätigt hatten, die Reallohnentwicklung aufgrund einer niedrigeren als der erwarteten Inflationsrate nicht den Empfehlungen entsprach und folglich kritisiert wurde. Dies zeigt auch, dass die Verwendung von Modellen mit vollständiger Konkurrenz und damit mit einzelwirtschaftlich gegebenem Preisniveau nicht unproblematisch ist. In jüngster Zeit hat der Sachverständigenrat denn auch seine Position geändert. Vgl. SVR: Wachstum, Beschäftigung, Währungsunion – Orientierungen für die Zukunft. Stuttgart 1997.

²² Vgl. hierzu auch: John Maynard Keynes: *The General Theory of Employment, Interest and Money*. London 1936, Kapitel 19.

²³ Vgl. SVR 2001, a. a. O.

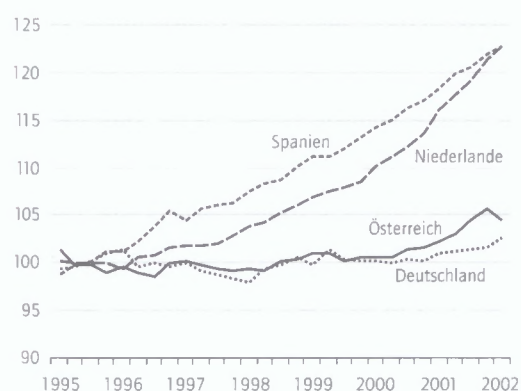
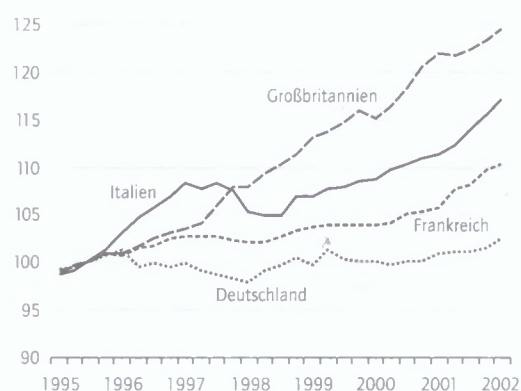
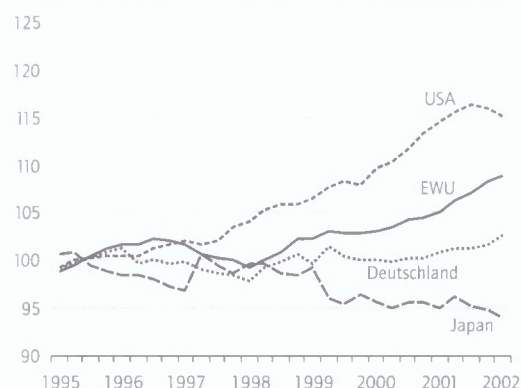
²⁴ Ein Beispiel hierfür sind die Niederlande. Vgl. auch: Die Niederlande: Beschäftigungspolitisches Vorbild? Bearb.: Reinhard Pohl und Joachim Volz. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 16/97.

²⁵ Vgl. SVR 2002, a. a. O., und Gemeinschaftsdiagnose vom Herbst 1997.

Abbildung 4.2

Lohnstückkosten¹ im internationalen Vergleich

1995 = 100



¹ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in Relation zum realen BIP; saisonbereinigt.

Quellen: OECD; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

men – die Rentabilität der Unternehmen erhöhen. Folglich kann die Lohnpolitik allein keine Änderung der Beschäftigungssituation herbeiführen. Weder führt reale oder nominale Lohnzurückhaltung über eine Verbesserung der Angebotsbedingungen zu mehr Beschäftigung, noch ist dies über stark steigende Löhne und die hierdurch erhoffte

Nachfrageausweitung zu erreichen. Entscheidend ist vielmehr, „wie sich die Lohnpolitik relativ zur Nachfragepolitik verhält“.²⁶ Das bedeutet, dass bei Lohnzurückhaltung Spielraum für eine Ausweitung der Nachfrage besteht, ohne dass inflationäre Spannungen an den Märkten auftreten. Entscheidend für die Beschäftigungsentwicklung ist, ob dieser Spielraum durch nachfragestimulierende Maßnahmen auch genutzt wird. Die Forderung nach maßvollen Lohnabschlüssen ist daher im Hinblick auf eine Beschäftigungsausweitung nur dann sinnvoll, wenn sie als Vorbedingung für eine expansive Nachfragepolitik verstanden wird. Genau dies wird aber von der Mehrheit des Sachverständigenrates abgelehnt.²⁷

Eine sinnvolle Forderung an die Lohnpolitik ist daher, dass die Lohnentwicklung im Konjunkturverlauf verstetigt wird. Richtet sie sich neben der Zielinflationsrate strikt nach der trendmäßigen Produktivität, wobei veränderte Lohnnebenkosten berücksichtigt werden müssen, und bleibt sie je nach Konjunktur- und Beschäftigungsverlauf nicht hinter dieser Orientierungsgröße zurück oder läuft ihr nicht voraus, ist ein Pfad gegeben, bei dem sich über eine expansive Nachfrage eine Ausweitung der Beschäftigung erzielen lässt.

Entscheidend ist dabei, dass positive Nachfrageimpulse, die z. B. von der Geldpolitik ausgehen, bei Einhaltung dieser Regel nicht zu einer beschleunigten Inflationsentwicklung führen. Folglich kann der monetäre Anstoß realwirtschaftlich wirksam werden, ohne Inflation zu erzeugen; Produktion und Beschäftigung nehmen zu.

Betrachtet man die jüngsten Abschlüsse aus dieser Sicht, so sind sie angemessen. Dabei ist berücksichtigt, dass die Lohnnebenkosten um etwa 0,5 Prozentpunkte steigen und daher die Lohnerhöhungen entsprechend geringer ausfallen müssen. Die im Vergleich zu den Vorjahren etwas höheren Abschlüsse werden die Binnennachfrage etwas stärken. Hinzu kommt, dass die lange Laufzeit den Unternehmen eine relativ hohe Planungssicherheit ermöglicht und die Lohnentwicklung verstetigt; auch dies sollte sich positiv auswirken. In jedem Fall wurden gravierende Fehler vermieden, die während der 70er und der frühen 80er Jahre im Gefolge des Ölpreisschocks zu verzeichnen waren, als versucht wurde, über drastische Lohnerhöhungen, die weit über die oben skizzierte Grenze hinausgingen, die durch die Ölpreisschocks verloren gegangene Kaufkraft wieder zu gewinnen. Dieser

Lohnpolitik sollte verstetigt werden

Jüngste Lohnabschlüsse stabilitätspolitisch angemessen

²⁶ Vgl. Jürgen Jerger und Oliver Landmann: Lohnpolitik und Beschäftigung – Debatte ohne Ende? In: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, Bd. 3, Nr. 2/2002, S. 277 ff.

²⁷ Vgl. SVR 2001, a. a. O.

Versuch endete in Inflation und Rezession. Derartige Gefahren gehen von den jüngsten Lohnabschlüssen nicht im Mindesten aus.

Finanzpolitik in der Klemme

Leicht negative Impulse der Finanzpolitik im Wahljahr

Im Gegensatz zum Vorjahr gehen von der Finanzpolitik in Deutschland im Wahljahr leicht negative Impulse auf die wirtschaftliche Entwicklung aus. Selbst nachdem sich die Bundesregierung zur Abwendung des „blauen Briefes“ gegenüber der EU-Kommission verpflichtet hatte, bis zum Jahre 2004 die öffentlichen Haushalte nahezu auszugleichen, hat sie trotz der Steuerausfälle bisher davon abgesehen, noch in diesem Jahr ihren restriktiven Kurs auf der Ausgabeenseite zu verschärfen. Dies ist erst für 2003 und 2004 vorgesehen. Anders verhalten sich viele Bundesländer, die als Reaktion auf die Ergebnisse des „Arbeitskreises Steuerschätzungen“ vom Mai dieses Jahres Haushaltssperren verhängt haben, um die Ausgabenentwicklung im Zaum zu halten.

Finanzplanungsrat legt Ausgabenziele fest

Im Finanzplanungsrat war im März des Jahres vereinbart worden, dass der Bund seine Ausgaben in den Jahren 2003 und 2004 um durchschnittlich 0,5 % pro Jahr vermindert, während Länder und Gemeinden ihren Ausgabenanstieg auf 1 % jährlich begrenzen. Die Finanzpolitik verzichtet also darauf, zur innerstaatlichen Durchsetzung der gegenüber Brüssel eingegangenen Verpflichtungen für die jeweiligen Haushaltsebenen Defizitziele zu formulieren. Vielmehr wird ein Ausgabenziel vorgegeben. Dies geschieht aus der Erkenntnis heraus, dass sich die Ausgaben besser steuern lassen als die Einnahmen und die Politik bei Konjunkturschwankungen, die nahezu synchrone Schwankungen der Einnahmen nach sich ziehen, nicht revidiert werden muss. Ein solches Vorgehen war von den Instituten mehrfach vorgeschlagen worden. Es besitzt zweifellos den Vorteil, dass keine Defizitgrenzen – weder vertikal (Haushaltsebenen) noch horizontal (zwischen den Ländern einschließlich der Gemeinden) – vorgegeben werden müssen. Insbesondere besitzt diese Lösung den Vorteil, dass zumindest die automatischen Stabilisatoren auf der Einnahmenseite voll zum Tragen kommen. Auch auf der Ausgabeenseite gibt es konjunkturresistente Posten, vor allem das Arbeitslosengeld. Doch diese konjunkturabhängige Belastung findet keine gesonderte Berücksichtigung bei der Festlegung der Ausgabenlinie: Muss der Bund konjunkturbedingte Defizite der Bundesanstalt ausgleichen, so müssen Ausgaben an anderer Stelle gekürzt werden.

Offen bleibt freilich auch hier das Problem, auf welche Weise Fehlverhalten sanktioniert werden

kann, wenn also von der Ausgabenlinie abgewichen wird. Als Sanktionsmöglichkeit verbleibt letztlich nur die disziplinierende Wirkung, die von einer öffentlichen Diskussion des Fehlverhaltens ausgehen mag, wie dies bereits auf der supranationalen Ebene mit der Androhung eines „blauen Briefes“ geschehen ist. Auch wurde die Ausgabenlinie offensichtlich nur für die Gesamtheit der Länder (und ihrer Gemeinden) vorgegeben und nicht für jedes einzelne Land. Werden jene Länder, die höhere Ausgaben tätigen, an den Pranger gestellt, wenn die Gesamtheit der Länder die Ausgabenlinie eingehalten hat? Ein weiteres Problem dieses Ansatzes ist seine „Strategieanfälligkeit“ insoweit, als öffentliche Aktivitäten verschiedentlich nicht „brutto“, sondern „netto“ in den Haushalten verbucht, d.h. Ausgaben mit Einnahmen verrechnet werden und somit die tatsächliche Ausgabenentwicklung „verzerrt“ dargestellt wird. Ein prägnantes Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit sind die zahlreichen Ausgliederungen von öffentlichen Einrichtungen aus den Kernhaushalten. Nicht mehr alle Einnahmen und Ausgaben sind haushaltswirksam, sondern nur noch der Zuschussbedarf. Ein aktuelles Beispiel ist die in diesem Jahr erfolgte Umwandlung der Finanzhilfen des Bundes nach dem Investitionsförderungs-gesetz Aufbau Ost (IfG) in Bundesergänzungszuweisungen: Finanzhilfen werden als Ausgaben des Bundes gebucht, während Bundesergänzungszuweisungen unmittelbar vom Bundesanteil an der Umsatzsteuer abgesetzt und beim Länderanteil zugesetzt werden; durch die Umwandlung findet eine „Bilanzverkürzung“ statt.

Für den Konjunkturverlauf noch bedeutsamer wiegt die Tatsache, dass die Finanzpolitik mit dem Versprechen gegenüber Brüssel, die öffentlichen Haushalte nahezu auszugleichen, in eine Zwickmühle geraten ist. Will die Politik glaubwürdig sein, so muss sie alle Möglichkeiten ausschöpfen, dieses Ziel zu erreichen. In jedem Falle wird die Politik äußerst restriktiv angelegt sein müssen. Dies wiederum schwächt die Konjunktur und die gesamtwirtschaftliche Bemessungsgrundlage, also den Nenner der Defizitquote. Aber auch der Zähler wird von der Restriktionspolitik beeinflusst, denn ein schwächeres Wirtschaftswachstum generiert geringere Steuer- und Beitragseinnahmen und erfordert möglicherweise höhere Mittel zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit.

In der vorliegenden Prognose des DIW Berlin wird der Anstieg der Staatsausgaben für 2003 auf 1,4 % geschätzt. Dabei ist unterstellt, dass die Politik ihre Absichtserklärungen umsetzt und nach den Wahlen ein Sparpaket beschließt oder die entsprechenden Mittel im Haushaltsvollzug einspart. Das erforderliche Volumen wird dabei auch von den

Konjunkturelle Wirkungen der Finanzpolitik

Zur Einschätzung der konjunkturellen Wirkungen der Finanzpolitik setzt das DIW Berlin das Deutschlandmodul eines makroökonomischen Modells ein. Dieses Modell enthält einen disaggregierten Staatssektor und erklärt die verschiedenen Verwendungskomponenten des Bruttoinlandsprodukts, Preise, Löhne und Beschäftigung endogen. Die verschiedenen Staatseinnahmen werden im Wesentlichen durch die Entwicklung der jeweiligen Bemessungsgrundlagen erklärt. Zur Erklärung der Staatsausgaben werden Reaktionsfunktionen verwendet, in denen die Staatseinnahmen und die Reagibilität der jeweiligen Ausgabearten eine Rolle spielen.

Durch die unterstellten Einsparbemühungen in den Bereichen Staatsverbrauch (Sachausgaben, Beschäftigung und Löhne), öffentliche Investitionen und Transfers an die privaten Haushalte in Höhe von insgesamt 13,9 Mrd. Euro im Jahre 2003 und 27,2 Mrd. Euro im Folgejahr werden deutliche negative konjunkturelle Effekte ausgelöst. Das reale Bruttoinlandsprodukt fällt gemäß den Modellergebnissen im nächsten Jahr um 0,5 % unter den Wert in einem Referenzszenario, für das keine verstärkten Einsparungen unterstellt sind. Wird der hier angenommene Pfad der Ausgabenbeschränkungen auch im Jahre 2004 eingehalten, dann wird das Wachstum weiter deutlich eingeschränkt.

Die impliziten Multiplikatoren des Modells erscheinen auf den ersten Blick eher gering. Dies hängt auch mit dem relativ hohen Anteil der Transferzahlungen an den Einsparungen zusammen. Die gesamtwirtschaftlichen Effekte verstärken sich über verzögerte Anpassungen noch im Folgejahr. So versuchen die privaten Haushalte, nach einer Kürzung der Transfers ihr bisheriges Konsumniveau aufrechtzuerhalten, indem sie ihre Sparquote senken. Erst mittelfristig schlagen sich Kürzungen der Transfers stärker im privaten Konsum nieder. Ein weiterer Grund ist die enge Verflechtung mit dem Ausland; ein Teil des negativen Nachfrageimpulses wird gleichsam „exportiert“. Berücksichtigt man zudem die zu erwartenden Rückwirkungen über die gedämpfte europäische Konjunktur, dürfte der Staatsausgaben-Multiplikator höher sein als hier berechnet. Mit zunehmenden Wachstumsverlusten sind auch Einbußen bei den Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen verbunden. So führt die hier unterstellte Ausgabeneinschränkung um 27,2 Mrd. Euro im Jahre 2004 nur zu einer Verringerung der Nettokreditaufnahme des Staates um 22,8 Mrd. Euro im gleichen Jahr.

Konjunkturelle Effekte einer Senkung der Staatsausgaben

Simulationsergebnisse¹
Abweichungen gegenüber einer Entwicklung ohne verstärkte Einsparungen

	2003	2004
Unterstellte Einsparungen (nominal, Mrd. Euro)		
Staatsverbrauch	-4,9	-7,8
Öffentliche Investitionen	-3,2	-7,0
Transfers an private Haushalte	-5,8	-12,4
Gesamtwirtschaftliche Effekte		
Bruttoinlandsprodukt (real, %)	-0,5	-1,2
Nettokreditaufnahme des Staates ² (nominal, Mrd. Euro)	-12,7	-22,8

1 Deutschlandmodul des European Business Cycle Model des DIW Berlin.

2 Ein Minuszeichen bedeutet eine Verbesserung des Finanzierungssaldos.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

Tarifanhebungen im öffentlichen Dienst abhängen. Je höher die Tarifsteigerungen ausfallen, umso stärker muss an anderer Stelle auf die Bremse getreten werden. Dabei ist auch in Rechnung zu stellen, dass die Tarifabschlüsse nur für die Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst gelten und nicht zwangsläufig auf die Beamten – rund die Hälfte aller Bediensteten – übertragen werden. In der Vergangenheit blieben die Beamtengehälter schon mehrfach von Tarifierhöhungen ausgenommen oder die Gehälter wurden mit Verzögerung angepasst. In keinem Falle lassen sich die Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst vollständig von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abkoppeln, auch dann nicht, wenn man die Arbeitsplatzsicherheit oder die geringere Produktivität ins Spiel bringt.

Wie stark die restriktive Ausrichtung der Finanzpolitik gesamtwirtschaftlich ins Gewicht fällt, lässt sich anhand der Nachfrageimpulse schätzen. Dabei wird die konjunkturelle Relevanz finanzpolitischen Handelns als Abweichung vom mittelfristigen Trend des gesamtwirtschaftlichen Wachstums bestimmt. Als konjunkturrelevante Einflüsse werden jene Abweichungen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite angesehen, die sich gegenüber dem jeweils realisierten Volumen der Vorperiode, fortgeschrieben mit dem nominalen Anstieg des Produktionspotentials, ergeben.²⁸ Diesem Konzept zufolge werden von der Finanzpolitik im nächsten Jahr

Restriktive Finanzpolitik dämpft wirtschaftliche Entwicklung

28 Berücksichtigt werden dabei nur die inlandswirksamen Finanzströme.

Tabelle 4.1

Nachfrageimpulse des Staates¹ (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung)

+ expansiv / – kontraktiv

In Mrd. Euro

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Steuern²							
Tatsächliches Volumen	422,04	443,64	476,04	496,01	474,21	491,30	512,30
Neutralitätsslinie	427,71	432,59	454,73	490,32	510,89	488,44	506,04
Differenz	5,67	-11,05	-21,31	-5,68	36,68	-2,86	-6,26
Sozialbeiträge							
Tatsächliches Volumen	366,54	370,41	374,01	376,69	381,90	391,90	403,30
Neutralitätsslinie	363,57	375,70	379,67	385,23	387,99	393,36	403,66
Differenz	-2,97	5,29	5,66	8,54	6,09	1,46	0,36
Sonstige Einnahmen³							
Tatsächliches Volumen	77,89	79,15	79,38	74,91	81,18	83,00	88,50
Neutralitätsslinie	84,09	79,83	81,13	81,76	77,16	83,62	85,49
Differenz	6,21	0,68	1,75	6,85	-4,02	0,62	-3,01
Summe der Einnahmen							
Tatsächliches Volumen	866,46	893,20	929,43	947,61	937,29	966,20	1 004,10
Neutralitätsslinie	875,37	888,13	915,53	957,32	976,04	965,41	995,19
Differenz	8,91	-5,08	-13,90	9,71	38,75	-0,79	-8,91
Käufe von Gütern und Diensten							
Tatsächliches Volumen	234,77	237,15	242,42	243,66	246,87	250,20	252,50
Neutralitätsslinie	242,21	240,64	243,07	249,69	250,97	254,28	257,71
Differenz	-7,44	-3,49	-0,65	-6,03	-4,10	-4,08	-5,21
Vermögenseinkommen (Zinsausgaben)							
Tatsächliches Volumen	68,17	69,55	69,96	68,05	66,51	69,00	71,50
Neutralitätsslinie	69,14	69,87	71,29	72,06	70,09	68,51	71,07
Differenz	-0,97	-0,32	-1,33	-4,01	-3,58	0,49	0,43
Transfers^{4,5}							
Tatsächliches Volumen	578,81	593,32	610,15	624,79	643,89	664,90	677,10
Neutralitätsslinie	587,07	593,28	608,15	628,45	643,53	663,21	684,85
Differenz	-8,25	0,04	2,00	-3,66	0,36	1,69	-7,75
Bruttoinvestitionen							
Tatsächliches Volumen	35,47	35,66	37,32	37,01	36,09	33,80	32,10
Neutralitätsslinie	40,05	36,36	36,55	38,44	38,12	37,17	34,81
Differenz	-4,58	-0,70	0,77	-1,43	-2,03	-3,37	-2,71
Summe der Ausgaben							
Tatsächliches Volumen	917,22	935,68	959,85	973,51	993,36	1 017,90	1 033,20
Neutralitätsslinie	938,47	940,15	959,07	988,65	1 002,72	1 023,16	1 048,44
Differenz	-21,24	-4,48	0,78	-15,14	-9,36	-5,26	-15,24
Nachfrageimpulse einschließlich Zinsausgaben	-12,33	-9,56	-13,11	-5,43	29,39	-6,05	-24,15
Nachfrageimpulse ohne Zinsausgaben	-11,36	-9,23	-11,79	-1,42	32,97	-6,55	-24,58

¹ Ohne Transaktionen mit der übrigen Welt.² Ohne Steuern inländischer Sektoren an die EU.³ Ohne Bundesbankgewinn.⁴ Ohne Subventionen der EU an inländische Sektoren.⁵ Ohne Schuldenübernahmen DB/Treuhand usw. (1991: 6,69 Mrd. Euro, 1995: 122,46 Mrd. Euro).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

restriktive Impulse in einer Größenordnung von 24 Mrd. Euro bzw. 1 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts ausgelöst (Tabelle 4.1). Ökonometrische Modellrechnungen kommen zu dem Ergebnis, dass allein aufgrund der restriktiven Ausgabenimpulse in einer Größenordnung von 15 Mrd. Euro die wirtschaftliche Entwicklung 2003 um einen halben Prozentpunkt gedämpft wird (Kasten 3). Im Jahre 2004 dürfte die Regierung die kontraktiven Impulse noch verstärken, will sie den Zielpfad bei den

Ausgaben nicht überschreiten. Dies hätte zur Folge, dass die wirtschaftliche Entwicklung noch stärker als im Jahre 2003 behindert würde. Unter diesen Bedingungen dürfte es wohl schwieriger werden, das von der Bundesregierung erhoffte Wirtschaftswachstum von 2½ % zu erreichen. Die finanzpolitische Restriktionswirkung müsste von einer umso stärkeren Expansion der privaten Wirtschaftsaktivitäten begleitet sein, soll der negative Nachfrageschock gesamtwirtschaftlich kompensiert und das

für 2004 angestrebte Ziel eines nahezu ausgeglichenen Staatshaushalts realisiert werden. Müñdet die Aufwärtsentwicklung in einen robusten Konjunkturaufschwung, so steht einer forcierten Haushaltskonsolidierung nichts im Wege. Diesen Kurs bereits jetzt einzuschlagen, birgt erhebliche Risiken.

Finanzpolitisch von Bedeutung ist natürlich auch die Frage, auf welche Weise die jeweiligen Haushaltsebenen versuchen werden, die vorgegebenen Ausgabenlinien einzuhalten. Erfahrungsgemäß werden die öffentlichen Investitionen wohl abermals bevorzugtes Objekt von Kürzungen sein. Bereits jetzt sind die öffentlichen Investitionen in Deutschland so niedrig wie nirgendwo sonst in Europa. Öffentliche Investitionen sind weitaus flexibler zu gestalten als andere Ausgabekategorien. Viele Ausgaben kann der Staat nicht beliebig variieren, da sie zumeist auf gesetzlichen Ansprüchen

beruhen und nur im Rahmen langwieriger Gesetzgebungsverfahren geändert werden können. Im öffentlichen Dienst sind Personalkosteneinsparungen aufgrund der beamtenrechtlichen oder tarifbedingten Voraussetzungen nur möglich, wenn Stellen durch (altersbedingte) Fluktuationen frei und nicht wieder besetzt werden. Zudem engen die steigenden Pensionslasten den Handlungsspielraum ein. Beim Subventionsabbau sind in den letzten Jahren zweifellos Fortschritte erzielt worden. Weitere Kürzungen müssen gegen massiv intervenierende Interessengruppen durchgesetzt werden und erfordern entsprechende Anstrengungen. In der Diskussion wird insbesondere der große Block der Transferausgaben – hier vor allem die Ausgaben zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe – stehen. Einsparungen lassen sich nur durch Leistungseinschränkungen erzielen. Nach der Bundestagswahl wird die Diskussion hierüber wohl eröffnet werden.

Maßnahmen zur Ausgabenreduktion nach der Bundestagswahl wahrscheinlich

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Schätzung und Prognose für die Jahre 2002 bis 2003

	2001	2002	2003	2002		2003	
				1. Hj. -	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber Vorjahr							
Erwerbstätige im Inland	0,2	-0,3	0,4	-0,4	-0,2	0,2	0,6
Arbeitszeit	-0,7	-0,2	0,1	0,1	-0,6	0,1	0,0
Arbeitstage	-0,3	0,0	0,1	-0,7	0,7	-0,2	0,4
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich) ¹	-0,8	-0,5	0,6	-0,9	-0,1	0,1	1,0
Produktivität ²	1,4	1,1	1,4	0,5	1,6	2,0	0,9
Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1995	0,6	0,6	2,0	-0,4	1,5	2,1	1,9
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen							
a) Mrd. Euro							
Konsumausgaben der privaten Haushalte ³	1 218,1	1 238,3	1 277,2	602,4	635,9	622,2	655,0
Konsumausgaben des Staates	393,2	400,8	405,1	192,1	208,7	194,1	211,0
Anlageinvestitionen	417,8	407,1	421,5	194,2	212,8	199,4	222,0
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	190,8	183,7	194,9	87,1	96,5	91,9	102,9
Bauten	227,0	223,4	226,6	107,1	116,3	107,5	119,1
Vorratsveränderungen ⁴	-5,2	3,3	16,4	2,8	0,5	16,5	-0,2
Letzte inländische Verwendung	2 023,9	2 049,4	2 120,2	991,4	1 057,9	1 032,3	1 087,8
Außenbeitrag	39,1	72,2	71,1	41,5	30,7	35,4	35,7
Exporte	721,4	749,1	819,5	365,0	384,1	397,5	422,1
Importe	682,3	676,9	748,5	323,5	353,4	362,1	386,3
Bruttoinlandsprodukt	2 063,0	2 121,6	2 191,2	1 032,9	1 088,7	1 067,7	1 123,5
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr							
Konsumausgaben der privaten Haushalte ³	3,0	1,7	3,1	0,7	2,6	3,3	3,0
Konsumausgaben des Staates	2,3	1,9	1,1	2,1	1,8	1,1	1,1
Anlageinvestitionen	-4,6	-2,6	3,5	-4,9	-0,3	2,7	4,3
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-3,4	-3,8	6,1	-7,4	-0,2	5,5	6,6
Bauten	-5,7	-1,6	1,5	-2,8	-0,4	0,4	2,4
Letzte inländische Verwendung	0,3	1,3	3,5	-0,6	3,0	4,1	2,8
Exporte	5,6	3,8	9,4	1,0	6,7	8,9	9,9
Importe	1,0	-0,8	10,6	-5,9	4,3	11,9	9,3
Bruttoinlandsprodukt	1,9	2,8	3,3	1,8	3,9	3,4	3,2
3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1995							
a) Mrd. Euro							
Konsumausgaben der privaten Haushalte ³	1 120,9	1 122,1	1 142,1	547,7	574,4	558,4	583,7
Konsumausgaben des Staates	385,6	389,2	389,1	192,6	196,6	192,5	196,6
Anlageinvestitionen	420,8	407,5	418,5	194,7	212,8	198,3	220,2
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	192,3	183,9	193,9	87,2	96,6	91,5	102,4
Bauten	228,5	223,6	224,7	107,5	116,2	106,8	117,8
Vorratsveränderungen ⁴	-14,1	-7,3	4,1	-4,1	-3,2	8,4	-4,4
Letzte inländische Verwendung	1 913,2	1 911,6	1 953,8	930,9	980,7	957,7	996,1
Außenbeitrag	66,4	79,3	76,9	44,5	34,8	38,3	38,6
Exporte	689,9	710,7	761,8	348,0	362,7	371,9	389,9
Importe	623,5	631,3	684,8	303,4	327,9	333,6	351,3
Bruttoinlandsprodukt	1 979,6	1 990,9	2 030,7	975,4	1 015,5	996,0	1 034,7
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr							
Konsumausgaben der privaten Haushalte ³	1,1	0,1	1,8	-0,8	1,0	2,0	1,6
Konsumausgaben des Staates	1,7	1,0	0,0	1,2	0,7	0,0	0,0
Anlageinvestitionen	-4,8	-3,2	2,7	-5,4	-1,0	1,9	3,5
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-3,6	-4,4	5,4	-8,2	-0,7	4,9	5,9
Bauten	-5,8	-2,1	0,5	-3,0	-1,3	-0,6	1,4
Letzte inländische Verwendung	-1,0	-0,1	2,2	-1,8	1,6	2,9	1,6
Exporte	4,7	3,0	7,2	1,2	4,8	6,9	7,5
Importe	0,1	1,3	8,5	-3,0	5,6	9,9	7,1
Bruttoinlandsprodukt	0,6	0,6	2,0	-0,4	1,5	2,1	1,9

noch: **Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland**
 Schätzung und Prognose für die Jahre 2002 bis 2003

	2001	2002	2003	2002		2003	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1995 = 100)							
Veränderung in % gegenüber Vorjahr							
Konsumausgaben der privaten Haushalte ³	1,8	1,5	1,3	1,6	1,5	1,3	1,4
Konsumausgaben des Staates	0,6	1,0	1,1	0,8	1,1	1,1	1,1
Anlageinvestitionen	0,2	0,6	0,8	0,5	0,7	0,8	0,8
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,3	0,7	0,6	0,8	0,5	0,6	0,7
Bauten	0,2	0,5	1,0	0,2	0,9	1,0	1,0
Exporte	0,8	0,8	2,1	-0,2	1,8	1,9	2,2
Importe	1,0	-2,0	1,9	-2,9	-1,2	1,8	2,0
Bruttoinlandsprodukt	1,3	2,3	1,3	2,2	2,3	1,2	1,3
5. Einkommensentstehung und -verteilung							
a) Mrd. Euro							
Arbeitsentgelte	1 109,7	1 136,3	1 171,9	535,2	601,1	550,6	621,3
Bruttolohn- und -gehaltsumme	901,3	922,7	951,9	433,2	489,5	445,5	506,4
Nettolohn- und -gehaltsumme	589,5	602,1	619,1	280,8	321,3	286,7	332,4
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	421,4	424,8	446,3	218,0	206,8	235,4	210,9
Volkseinkommen	1 531,1	1 561,1	1 618,2	753,2	807,9	786,0	832,2
Abschreibungen	312,2	322,3	330,2	160,0	162,3	162,9	167,2
Produktionsabgaben abzüglich Subventionen	211,3	224,8	234,5	111,4	113,5	115,4	119,1
Bruttonationaleinkommen	2 054,6	2 108,3	2 182,8	1 024,6	1 083,7	1 064,3	1 118,5
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr ⁴							
Arbeitsentgelte	1,9	2,4	3,1	2,1	2,7	2,9	3,4
Bruttolohn- und -gehaltsumme	2,1	2,4	3,2	2,1	2,6	2,8	3,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	3,4	2,1	2,8	1,9	2,4	2,1	3,4
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	1,8	2,7	2,8	2,5	2,8	2,6	3,0
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	3,2	2,5	2,5	2,3	2,6	1,9	2,9
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	1,2	0,8	5,1	-3,4	5,7	8,0	2,0
Volkseinkommen	1,7	2,0	3,7	0,4	3,4	4,3	3,0
Abschreibungen	3,2	3,2	2,4	3,2	3,2	1,8	3,0
Produktionsabgaben abzüglich Subventionen	0,8	6,4	4,3	4,6	8,3	3,6	5,0
Bruttonationaleinkommen	1,8	2,6	3,5	1,3	3,9	3,9	3,2
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte							
a) Mrd. Euro							
Masseneinkommen	935,0	958,1	982,0	458,9	499,3	468,5	513,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	589,5	602,1	619,1	280,8	321,3	286,7	332,4
Monetäre Sozialleistungen	416,7	428,2	435,9	213,8	214,4	217,8	218,1
abzüglich Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	71,2	72,2	73,0	35,8	36,4	36,0	37,0
Übrige Primäreinkommen ⁶	457,4	458,2	479,3	242,3	215,8	256,6	222,7
Sonstige Transfers ⁷	-46,0	-45,8	-46,8	-22,0	-23,8	-23,0	-23,8
Verfügbares Einkommen ⁸	1 346,4	1 370,5	1 414,4	679,2	691,3	702,0	712,4
Nachrichtlich:							
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	9,9	10,0	10,2	4,7	5,3	4,8	5,4
Konsumausgaben der privaten Haushalte ³	1 218,1	1 238,3	1 277,2	602,4	635,9	622,2	655,0
Sparen	138,2	142,3	147,4	81,6	60,7	84,5	62,8
Sparquote in % ⁹	10,2	10,3	10,3	11,9	8,7	12,0	8,8
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr							
Masseneinkommen	3,1	2,5	2,5	2,5	2,4	2,1	2,8
Nettolohn- und -gehaltsumme	3,4	2,1	2,8	1,9	2,4	2,1	3,4
Monetäre Sozialleistungen	2,6	2,8	1,8	3,1	2,5	1,8	1,7
abzüglich Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	2,4	1,3	1,1	0,7	2,0	0,6	1,6
Übrige Primäreinkommen ⁶	4,4	0,2	4,6	-2,1	2,8	5,9	3,2
Verfügbares Einkommen ⁸	3,5	1,8	3,2	1,1	2,5	3,4	3,1
Konsumausgaben der privaten Haushalte ³	3,0	1,7	3,1	0,7	2,6	3,3	3,0
Sparen	8,1	2,9	3,6	4,0	1,5	3,6	3,5

noch: **Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland**
Schätzung und Prognose für die Jahre 2002 bis 2003

	2001	2002	2003	2002		2003	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ¹⁰							
a) Mrd. Euro							
Einnahmen							
Steuern	476,6	493,5	514,9	241,2	252,3	251,7	263,2
Sozialbeiträge	383,6	393,6	404,9	190,1	203,5	195,4	209,5
Vermögenseinkommen	19,1	22,0	21,2	15,6	6,4	14,5	6,7
Sonstige Einnahmen ¹¹	64,2	64,2	67,1	30,4	33,8	31,8	35,3
Insgesamt	943,5	973,4	1 008,1	477,3	496,1	493,4	514,6
Ausgaben							
Vorleistungen ¹²	239,2	244,6	248,8	118,2	126,4	120,3	128,5
Arbeitnehmerentgelte	165,3	167,4	168,7	78,1	89,2	78,7	89,9
Vermögenseinkommen	66,5	69,0	71,5	34,6	34,5	35,8	35,7
Subventionen	35,0	34,6	34,0	15,9	18,7	15,6	18,4
Monetäre Sozialleistungen	390,6	406,5	414,6	202,5	204,0	206,5	208,1
an private Haushalte	385,9	401,7	409,8	200,0	201,7	204,0	205,8
an die übrige Welt	4,7	4,8	4,8	2,5	2,3	2,5	2,3
Sonstige laufende Transfers	34,0	36,9	37,4	17,4	19,5	17,7	19,7
Vermögenstransfers	34,5	34,7	34,5	17,8	16,9	17,7	16,8
Bruttoinvestitionen	36,1	33,8	32,1	15,0	18,8	14,3	17,8
Nettozugang an nichtproduk. Vermögensgütern ¹³	-1,4	-1,5	-1,4	-0,7	-0,8	-0,6	-0,8
Insgesamt	999,8	1 026,0	1 040,1	498,8	527,2	506,0	534,1
Finanzierungssaldo	-56,3	-52,7	-32,0	-21,5	-31,1	-12,5	-19,5
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	-4,4	3,6	4,3	2,1	5,0	4,4	4,3
Sozialbeiträge	1,4	2,6	2,9	2,7	2,6	2,8	2,9
Vermögenseinkommen	49,1	14,9	-3,6	26,1	-5,5	-7,1	4,7
Sonstige Einnahmen ¹¹	1,0	0,0	4,4	-1,5	1,3	4,5	4,4
Insgesamt	-1,0	3,2	3,6	2,7	3,6	3,4	3,7
Ausgaben							
Vorleistungen ¹²	3,3	2,3	1,7	2,5	2,1	1,8	1,7
Arbeitnehmerentgelte	0,4	1,3	0,8	1,4	1,1	0,8	0,8
Vermögenseinkommen	-2,3	3,7	3,6	3,8	3,7	3,6	3,6
Subventionen	0,5	-1,2	-1,7	-1,9	-0,7	-1,9	-1,6
Monetäre Sozialleistungen	2,7	4,1	2,0	4,1	4,0	2,0	2,0
an private Haushalte	2,9	4,1	2,0	4,2	4,0	2,0	2,0
an die übrige Welt	-7,8	0,8	0,4	1,2	0,4	0,4	0,4
Sonstige laufende Transfers	-2,3	8,6	1,4	6,0	11,1	1,7	1,0
Vermögenstransfers	12,6	0,7	-0,6	5,8	-4,2	-0,6	-0,6
Bruttoinvestitionen	-2,5	-6,3	-5,0	-5,8	-6,7	-4,7	-5,3
Nettozugang an nichtproduk. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	7,6	2,6	1,4	2,9	2,4	1,4	1,3

1 Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und des DIW Berlin.

2 Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigenstunde.

3 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

4 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

6 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

7 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

8 Ausgabenkonzept.

9 Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens.

10 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

11 Sonstige laufende Transfers, Vermögenstransfers, Verkäufe und sonstige Subventionen.

12 Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

13 Einschließlich UMTS-Erlösen.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin
Diskussionspapiere

Erscheinen seit 1989

Nr. 283

Gaining Access to Housing in Germany: The Foreign Minority Experience

Von Anita I. Drever und William A.V. Clark

Mai 2002

Nr. 284

Youth Unemployment: Individual Risk Factors and Institutional Determinants. A Case Study of Germany and the United Kingdom

Von Bettina Isengard

Mai 2002

Nr. 285

Are People Inequality Averse, and Do They Prefer Redistribution by the State? Evidence from German Longitudinal Data on Life Satisfaction

Von Johannes Schwarze und Marco Härpfer

Mai 2002

Nr. 286

German Exports to the Euro Area

Von Sabine Stephan

Juni 2002

Nr. 287

How to Finance Eastern Enlargement of the EU

Von Christian Weise

Juni 2002

Nr. 288

Modelling Low Income Transitions

Von Lorenzo Cappellari und Stephen P. Jenkins

Juni 2002

Nr. 289

The Effect of Maternity Leave on Women's Pay in Germany 1984–1994

Von Jan Ondrich, C. Katharina Spiess und Qing Yang

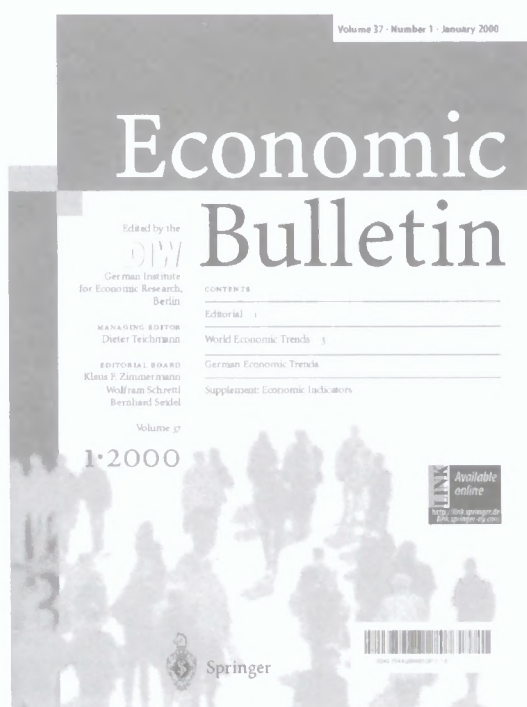
Juli 2002

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen von 1998 an komplett als Pdf-Dateien vor und können von der entsprechenden Website des DIW Berlin heruntergeladen werden (www.diw.de/deutsch/publikationen/diskussionspapiere).

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 2002/2003

Eine gekürzte Version der Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 2002/2003 erscheint in der August-Ausgabe des Economic Bulletin:

Economic Trends 2002/2003



Eine Auswahl der Wochenberichte des DIW Berlin erscheint monatlich im Economic Bulletin in englischer Sprache beim Springer Verlag (<http://link.springer.de>).

Impressum

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Dr. Gustav A. Horn
Dr. Kurt Hornschild
Wolfram Schrettl, Ph. D.
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Dr. Hans-Joachim Ziesing

Redaktion

Dörte Höppner
Jochen Schmidt
Dieter Teichmann

Pressestelle

Dörte Höppner
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Verlag

Verlag Duncker & Humblot GmbH
Carl-Heinrich-Becker-Weg 9
12165 Berlin
Tel. +49-30-790 00 60

Bezugspreis

Jahrgang Euro 108,-/sFR 182,-
Einzelnummer Euro 10,-/sFR 18,-
Zuzüglich Versandkosten
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter www.diw.de

Druck

Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin

**Einer Teilaufgabe liegt ein
Prospekt des Verlages
Duncker & Humblot bei.**

Der nächste Wochenbericht
erscheint am 25. Juli 2002.